

## **Freundliche Unvereinbarkeit**

*Lucas Reiner, Reinhard Pfriem und Hans-Dieter Westhoff (Hrsg.), Arbeiten am Widerspruch – Friedrich Engels zum 200. Geburtstag. Metropolis Verlag, Marburg 2020, 596 Seiten, 48,- Euro.*

Zum umfangreichen Programm der Stadt Wuppertal anlässlich des 200. Geburtstags von Friedrich Engels gehört auch ein Sammelband mit 20 Beiträgen und einem Geleitwort des Kulturdezernenten Matthias Nocke. Der lokale Bezug einer-, die überregionale Auswahl der Themen und Autor(inn)en andererseits führt zu einer großen Spannweite. In ihrer Einleitung nennen die drei Herausgeber das Ziel ihrer Bemühung: Es sollte ein Buch werden, „das dem Wirken und dem Werk von Friedrich Engels nachspürt und nachfragt, was dieser Mensch uns heute noch zu sagen hat und warum es heute noch bzw. wieder erst recht sinnvoll ist, sich damit zu beschäftigen.“ (13) Professionelle Marx-Engels-Forscher(innen) sind eine Minderheit unter den Verfasser(inne)n. Hoch ist dagegen der Anteil von Praktiker(inne)n: Volks- und Betriebswirt(inn)en, Genossenschaftsspezialist(inn)en, Raumplaner(innen) und – besonders – in der Umweltpolitik Engagierten. Diese Schwerpunktbildung zeigt sich auch in den Profilen der Herausgeber: Rainer Lucas ist Industriekaufmann und Diplomökonom, leitete von 1990 bis 2000 das Wuppertaler Regionalbüro des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und arbeitete bis 2018 als Projektleiter im Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Reinhard Pfriem war Initiator und geschäftsführender Gesellschafter des IÖW und

1994-2017 Professor für allgemeine Betriebswirtschaftslehre und betriebliche Umweltpolitik an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg. Hans-Dieter Westhoff, zunächst Marketing-Fachmann für bergische Firmen, ist selbständiger Unternehmensberater, Verleger, Fachjournalist und zusammen mit Rainer Lucas Kurator für das Engels-Festjahr 2020.

Die Aufsatzsammlung ist in vier Abschnitte gegliedert: „1. Leben, Suchen, Emanzipieren“, „2. Weltanschauung, Religion, Materialismus“, „3. Arbeiten, Leben, Geschlechterverhältnisse“, „4. Wissenschaft, Utopie, Zukunft“.

Genauer als aus diesen Überschriften erfährt man, wenn man sich den aktuellen Problemen zuwendet, von denen die meisten Aufsätze ausgehen: zuvörderst die Umweltkrise, dann Wohnungspolitik, Geschlechterverhältnisse (die als einzige in der Großgliederung genannt werden), die Dominanz marktradikaler („neoliberaler“) Wirtschaftspolitik und -theorie, die Wahrnehmung einer gesamtgesellschaftlichen Umbruchssituation, das Vordringen modernefeindlicher Massenbewegungen.

Hierzu werden nun Anschlüsse zu einzelnen Schriften von Engels gesucht. Als solche bieten sich an: die „Briefe aus dem Wuppertal“ (1839-1841), die „Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie“ (1844), „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ (1845), „Zur Wohnungsfrage“ (1872/1873), „Dialektik der Natur“ (1873-1883; 1885/1886), „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ (1877/1878), „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ (französisch 1880, deutsch 1882), „Der Ursprung

der Familie, des Eigentums und des Staats“ (1884).

Ein Gegenwartsproblem, von dem aus Bezüge zu Engels hergestellt werden könnten, fehlt: Geopolitische Konflikte, Kriege und Kriegsgefahr. Der Autor Ulrich Klan berichtet etwas von „Militärbegeisterung“ des Jubilars, die er „naiv und gefährlich“ findet. In der Schrift „Kann Europa abrüsten?“ (1893) liest er lediglich eine Anleitung zum „Exerzierunterricht“ an Schulen (548). Hier fehlt Kenntnis anderer Schriften und der Briefe des späten Engels, in denen er den Rüstungswettlauf seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts analysiert und vor einem Weltkrieg warnt. Die Verbindung zwischen der Empfehlung für das Milizsystem in „Kann Europa abrüsten?“ und der Friedenspolitik hätte Klan im schon 1887 verfassten „Brief an das Organisationskomitee des internationalen Festes in Paris“ (MEW 21, S. 344/345) finden können.

Das zentrale Thema des Denkens und Handelns von Engels: die Revolution (= ihre Theorie und die auf dessen Umsetzung orientierte Politik) wird in den in diesem Buch versammelten Aufsätzen zwar immer wieder zur Kenntnis genommen, gilt aber entweder als überholt oder zumindest aktuell bedeutungslos. Dies erfolgt oft eher stillschweigend, hin und wieder aber auch explizit. Peter Henricke, der ehemalige Präsident des Wuppertal Instituts, schreibt: „In der früher heiß umstrittenen Frage ‚Revolution oder Reform‘ hat sich das 21. Jahrhundert wohl am deutlichsten vom historischen Kontext und den Zukunftsvisionen von Marx und Engels entfernt. Sie ist womöglich heute nur noch eine politikwissenschaftlich interessante

Nebenfrage.“ (492) Hinzuzufügen wäre: noch nicht einmal das. Damit ist aber kein konkreter Bezug zwischen diesem Buch und dem, was für Engels das Allerwichtigste war, herzustellen, und es bleiben stattdessen Einzelthemen, die er behandelte und die auch einige Autoren des Bandes gleichermaßen interessieren. Da es sich um einen Geburtstagsband handelt, ist die ex- oder implizite Feststellung der Unvereinbarkeit von historischen und aktuellen Positionen freundlich.

Der Genossenschaftstheoretiker und -praktiker Burghard Flieger überprüft Engels' Schrift zur Wohnungsfrage daraufhin, „inwieweit diese sich nutzen lässt, Anstöße für zukunftsfähige wohnungsgenossenschaftliche Konzepte zu finden“ (335). Das führt ihn zur Erörterung von Konzeptionen, darunter des Proudhonisten Mülberger und bürgerlicher Reformer, die von Engels damals kritisiert wurden, weil sie nicht über den Kapitalismus hinausführten und die Wohnungsfrage erst in einer sozialistischen Gesellschaft gelöst werden könne. Auch hier steht die Berufung auf eine proletarische Revolution gleichsam als Hindernis vor der Behebung von Gegenwartsproblemen: „Vor diesem Anliegen von Engels erweist es sich als schwierig, positive Ansätze aus seinen Aussagen für eine zukünftige Gestaltung von Wohnungsbaugenossenschaften herauszuarbeiten.“ (351)

Susanne Schunter-Kleemann schlägt unter der Überschrift „Religiöser Wahn“ einen Bogen von den „Briefen aus dem Wuppertal“, in denen pietistische Borniertheit diskutiert wird, zu den evangelikalen Unterstützer(inne)n Trumps. (163-190) Noch aktueller könnte der Versuch sein, historische

Analogien zu heutigen Bewegungen zu finden, die häufig als „rechtspopulistisch“ bezeichnet werden. Er wird in diesem Buch nicht unternommen, obwohl in Engels' Auseinandersetzung mit dem Boulangismus sich etwas finden ließe.

Wenn Revolution ausgeschlossen werden muss und – wie dies bei den Autor(inn)en dieses Bandes der Fall ist – Konservatismus abgelehnt wird, bleibt der Weg konsequenter Reform, der hier auf immer neuen Feldern, insbesondere in der Auseinandersetzung mit der Klimakrise sowie der Bewältigung aktueller gesellschaftlicher Umbrüche, gesucht wird. Erweisen sich die gegenwärtigen Machtverhältnisse als vor der Hand unüberwindliche Hindernisse, wird von Reinhard Pfiem folgende Forderung erhoben: „Der Begriff der (realen) Utopie ist unbedingt zu rehabilitieren.“ (572) Das kann zugleich als Umkehrung des Kurses gelesen werden, den die beiden Begründer des Historischen Materialismus in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts eingeschlagen hatten.

Adelheid Biesecker, Frigga Haug und Uta von Winterfeld gehen in einem brieflichen Gedankenaustausch, den sie zu dem Band beisteuern, über Engels' These, dass der Übergang zur auf Ungleichheit begründeten Zivilisation „die weltgeschichtliche Niederlage des weiblichen Geschlechts“ brachte, hinaus: „Einig sind wir uns in unserer Kritik, dass Friedrich Engels gerade beim weiblichen Geschlecht mit der Dialektik sozusagen aufhört und es stattdessen von einem fernen Zeitpunkt an in die Geschichtslosigkeit verbannt. So haben nur Gesellschaft und Natur eine Geschichte.“ (436) Unbeachtet bleibe der aktive

Anteil der Frauen im Prozess der Unterdrückung und Emanzipation.

Der Beitrag von Biesecker, Haug und v. Winterfeld gehört zu der – über den Band verstreuten – Gruppe von Artikeln, die explizite Kritik an Engels üben. Heinz D. Kurz verteidigt David Ricardo gegen die „Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie“. (65–120) Er folgt der Aktualisierungsvorgabe des Bandes eher auf einem Umweg: In der Rezeption von Piero Sraffa wurde der Neoricardianismus zu einer Kritik an der heute dominierenden Neoklassik bei gleichzeitiger Abgrenzung von Marx und Engels.

Einige Beiträge brechen aus dem Vorhaben, es sei zu prüfen, was von Engels' Werk heute noch brauchbar sei, von vornherein insofern aus, als sie ihn in ihren Detailstudien im 19. Jahrhundert belassen:

Immer wieder wurde behauptet, dass Marx den Reichtum seiner über die Ökonomie hinausreichenden Gedanken unter dem Einfluss des Freundes verengt habe. Michael Brie weist darauf hin, dass nicht nur dieser ein solches Opfer brachte: „Mit der Übersiedlung von Engels nach Brüssel im April 1845 endet das Nebeneinander zweif[er] großer Solisten und das ‚Jeder-Für-Sich‘ [...]. Es endete damit auch die große Offenheit, die Engels bis dahin auszeichnete, das Nebeneinander verschiedener Erklärungsansätze und strategischer Orientierungen, das unabhängige Experimentieren und eigenständige fragende Suchen.“ (59) So gesehen hätte der Marxismus Marx und Engels nicht gutgetan – zu unserem Nutzen.

Werner Plumpe zeichnet detailliert Engels' Weg vom „Supernaturalisten

zum Kommunisten“ zwischen 1839 und 1844 nach. (213-248)

Die Frage nach der gegenwärtigen Bedeutung einer historischen Figur trägt das Verfallsdatum der Ergebnisse schon in sich: mit Ablauf der Jetztzeit verschwindet der Maßstab. So könnte es sein, dass die konsequent historisierenden Beiträge dieses Bandes eine größere Chance haben, auch von künftigen Generationen noch zur Kenntnis genommen zu werden, als die auf das Heute bezogenen.

*Georg Fülberth*

## **Friedrich Engels als Begründer des „Marxismus“?**

*Michael Krätke (Hrsg.), Friedrich Engels oder: Wie ein Cotton-Lord den Marxismus erfand, Dietz Verlag, Berlin 2020, 200 S., 12 Euro.*

„Traurig aber wahr: Unter Marxisten und solchen, die es werden wollen, hat das Engels-Bashing in jüngster Zeit Karriere gemacht. Seine Popularität verdankt dieser Sport auch der Tatsache, dass der historische Engels nicht in jedes linke Weltbild passen will.“ (15) Diese Richtigstellung des Herausgebers zum 200. Geburtstag Friedrich Engels ist überfällig. Michael Krätkes Argumentation ist so stimmig wie relevant. Was wegen der Miniaturgröße dieser Reihe dem Laien verschlossen bleibt, sind die Anfänge des Bashing als Part einer mehr als problematischen Rezeptionsgeschichte, die in ihren Konsequenzen noch viel verheerender war als das Bashing selbst. Vor allem betrifft das die vom Autor erwähnten linken Weltbilder. Denn gerade darum geht es, wenn von Ismen die Rede ist, auch um die Richtungskämpfe inner-

halb der sozialistischen Theorie und Bewegung, die es gar nicht geben dürfte, wenn dem Anspruch auf Wissenschaftlichkeit von Theorie und Praxis von allen Marxisten Genüge getan wird.

„Marxismus“ als dialektisch materialistische Methode, die Komplexität der sozialgeschichtlichen Wirklichkeit zu erkennen, schließt Naturanschauung als theoretische Grundlage und Geschichtsauffassung im Kontext mit der Korrektur des tradierten idealistischen Geschichtsbildes ein. Voraussetzung für die Richtigkeit dieser Denkmethode ist somit deren Universalität, also ihre Ableitung auch aus der naturwissenschaftlichen wie sozial- und kulturgeschichtlichen Realität. Allein diese bis heute verkannte Tatsache, die Einheit von Natur und Gesellschaft in ihrer adäquaten Reflexion von Naturphilosophie und Geschichtsauffassung, verleiht dem Marx-Engels'schen Denken jene kosmische Dimension, die ihre Rezipienten, Vulgärmarxisten, Dogmatiker oder Gegner mit dem Begriff „Marxismus“ bezeichnet und zu einem neuen geschlossenen Welterklärungssystem entstellt haben, anstatt diese philosophischen Schrullen ein für alle Mal zu überwinden. Dieser wichtige Gedanke durchzieht die Einleitung wie ein roter Faden. Krätke, der eher mit „Engelsismus“ sympathisiert, weist darauf hin, dass es einen solchen nicht gibt, aber auch der Marx-Ismus logischer Unsinn ist, selbst wenn Engels diesen Begriff auch einmal gebraucht hat und sogar bis zum Schluss selbst zweifelte, ob die Dialektik Teil der Bewegungsgesetze der Natur ist. Krätke hat diese Thematik verdientermaßen aufgegriffen. Er beschreibt Engels als den ersten, der versuchte, der Mensch-

heit dieses Problem klar zu machen.

Nach ihrer gemeinsamen Selbstverständigung in „Die deutsche Ideologie“ und ihrer ersten praktischen Bewährung mit dem „Kommunistischen Manifest“ war es Engels, der seine und Marxens Erkenntnismethode auf die Ergebnisse der positiven Wissenschaften anwandte und damit Beispiele gab, die Geschichte systematisch umzuschreiben und Zeitgeschichte materialistisch zu erklären. Engels war es, so Krätke, der den Erfinder der Synthese von Materialismus und Dialektik, Karl Marx, den er, der „Cotton-Lord“, finanzierte, auf die Analyse der harten ökonomischen Tatsachen des Kapitalismus orientierte. Er konnte das, weil er als Fabrikantensohn das Wirtschaftsgefüge im am meisten industrialisierten Land der Erde, England, kritisch wahrnahm, sich wissensdurstig autodidaktisch weit über den kaufmännischen Bereich hinaus bildete und eine starke selbstbewusste Proletarierin des Milieus liebte. Mit überzeugenden Argumenten würdigt der Autor den im Schatten des großen Marx stehenden Engels als ebenbürtig. Und mit gutem Grund würdigt er auch die zweiteilige Engels-Biografie von Gustav Mayer als bisher beste Engels-Biografie (1920/1930).

Psychologisch treffend arbeitet er die wesentlichen sich ergänzenden Persönlichkeitsmerkmale von Marx und Engels als gemeinsames Projektteam heraus und legitimiert auch alle Versuche, dieses Duo als Doppelbiografie zu reflektieren. Er zitiert Selbstzeugnisse und belegt deren Gegensatz zu den Spiegelungen im orthodox-marxistischen, leninistischen, stalinistischen und neo-linken und ideolo-

gisch gegnerischen Lager, denen sie sich entziehen. Krätkes sechzigseitiger biografischer Abriss ist die präziseste Beschreibung der in Marx und Engels inkarnierten Synthese von Natur und Gesellschaft mit sozialer Arbeit unter konkret historischen Verhältnissen als ihre treibende Kraft. Im Arbeitsstil und in den Arbeitsbedingungen der geistigen Väter dieser Weltanschauung, die der Autor bildhaft charakterisiert, so auch in der Tatsache, dass die beiden allein den Grundstein gelegt, keinesfalls aber eine endgültige Wahrheit erfunden haben, sieht er die historischen Grenzen ihrer Erkenntnisfähigkeit, die sie auf Grund dessen gar nicht ausschöpfen konnten, Marx nicht wegen seiner chaotischen Arbeitsweise, Engels nicht, weil er die Bearbeitung der Marx-Skripten aufgebürdet bekam. Als Einführungsmaterial in den Stoff ist diese Miniatur jedem Interessierten eine unverzichtbare, allen neuen epochalen Anforderungen entsprechende Handreichung.

Der Sachzwang eng beschränkter Textauswahl legte den Herausgeber auf die „Umriss der Kritik der Nationalökonomie“, auf den „Anti-Dühring“ sowie auf den „Ludwig Feuerbach und den Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“, eine England-Studie, zwei Interviews, zwei Engels-Briefe und zwei Äußerungen über ihn fest. Zweifellos ist die Auswahl dieser Arbeiten geeignet, die in seiner einleitenden biografischen Skizze thematisierten inhaltlichen Aspekte des geistesgeschichtlichen Beitrages Engels' zu spiegeln. Engels' „Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie“ als eine der „etliche[n] Perlen, die Marx wohl zu schätzen wusste“ (28) und im „Kapi-

tal“ auslotete, wie die Wertkategorien, den Krisenzyklus, die Widerlegung des Malthusianismus, die Kapitalkonzentration, des Zusammenhanges von freier Konkurrenz und Monopol, die Abhängigkeit der Lohnarbeit von der Konjunktur des Arbeitsmarktes und die daraus resultierende soziale Arbeiterbewegung durfte nicht fehlen. Krätke zufolge ging Engels in der Kritik der politischen Ökonomie und der Sozialforschung voran und Marx war fair genug, dies anzuerkennen. Mit dieser Aussage setzte der Autor wesentlich neue Akzente einer Aufwertung des Marx-Freundes als Theoretiker. Die wohl wichtigsten Abschnitte, die den historischen Beitrag von Friedrich Engels zum gemeinsamen Gedankengebäude der beiden Freunde charakterisieren, sind die Hinweise auf dessen Verhältnis zu den Naturwissenschaften, seine Redaktionsarbeit an den Bänden 2 und 3 des „Kapitals“ sowie die weltanschauliche Grundlegung der sozialistischen Bewegung mit dem „Anti-Dühring“ und die in diesem Kontext notwendige Verneinung eines negativ verstandenen „Engelsismus“ (34-58).

Demgegenüber erscheint die Textauswahl etwas zu kopflastig im Hinblick auf die Beispiele für die Methoden-anwendung im Ökonomiebereich. Trotz des Feuerbach-Textes und der Auszüge aus dem „Anti-Dühring“ kommt Engels zusammenhängendes Denken von Kosmologie und Gesellschaft zu kurz. Engels „Einleitung zur Dialektik der Natur“ gingen zwar in den „Anti-Dühring“ ein, aber Krätke konzentriert sich hier „nur“ auf die materialistische Geschichtsauffassung. Ihr Wert besteht aber vor allem in der konzentrierten Sicht auf die

Kosmo-, Anthro- und Soziogenese sowie in der Würdigung der Entdeckung der Geschichtlichkeit des Universums durch Kant als wesentliche Bestätigung des Entwicklungsgedankens in der Natur. Das betrifft auch das Resümee, dass der menschliche Geist als höchste Form der Materie ihr unveräußerliches Attribut ist. Diese Aussage ist heute noch unübertroffen. Hinsichtlich der Geschichtsauffassung aber hat Marx in den „Grundrissen zur Kritik der Politischen Ökonomie“ im Abschnitt „Epochen ökonomischer Gesellschaftsformation“, der wegen seines schwer verständlichen stichpunktartigen Charakters nie rezipiert wurde, mehr geleistet. Diesen Akzent unterbelichtet die Textauswahl.

Und auch die Passage in Engels Testament „Einleitung zu Marx' ‚Klassenkämpfe in Frankreich““ von 1895 mit der Korrektur beider Irrtum hinsichtlich ihrer verkürzten Revolutionsperspektive seit 1848 und der Betonung der Rolle des subjektiven Faktors wäre passend gewesen, weil hier der Schnittpunkt zu einer Parteiauffassung erkennbar wird, deren Begründung Lenin zugesprochen, aber von Rosa Luxemburg verworfen wurde. Die Berücksichtigung dieser Arbeiten hätte nach Meinung des Rezensenten die Einführung stärker untermauert, die auf letzteres indirekt sehr wohl Bezug nimmt. Dennoch sind diese kleinen Beanstandungen allein als ergänzender Kommentar, keinesfalls als Makel zu verstehen. Michael Krätkes Engels-Miniatur setzt ein neues Glanzzeichen in dieser Reihe.

*Hartmut Henicke*

## Neun Marxisten: Gruppenporträt mit Haken

*Christina Morina, Die Erfindung des Marxismus. Wie eine Idee die Welt eroberte, Siedler Verlag, München 2017, 585 S., 25 Euro.*

Mit Karl Kautsky, Eduard Bernstein, Rosa Luxemburg, Victor Adler, Jean Jaurès, Jules Guesde, Georgi W. Plechanow, Wladimir I. Lenin und Peter B. Struve stehen neun Marxisten der ersten Stunde im Zentrum von Morinas Studie über die Anfänge des Marxismus. Die Biographien bleiben auf ihre „Lebenswege bis ins mittlere Alter“ (10) beschränkt. Angesichts von Morinas Fokus auf die Motive der neun Protagonisten für ihre jeweilige Hinwendung zur sozialistischen Bewegung und zu Marx ist diese Beschränkung folgerichtig. Im *ersten Teil* über die „Sozialisation“ werden einige Gemeinsamkeiten der betrachteten Personen dargelegt: die Förderung der höheren Schullaufbahn durch das Elternhaus, ihre Wertschätzung einzelner Lehrer oder der Schule als Ganzes, ihre enorme Belesenheit und Lesebegeisterung bezogen auf Wissenschaft und Literatur, ihre Sprachkenntnisse, sowie der früh ausgeprägte Glaube an die Wirksamkeit des eigenen Handelns. Zudem verweist Morina auf den bemerkenswerten Einfluss der Mütter von Kautsky, Jaurès und Plechanow, die ihren Söhnen eine sozialkritische Haltung (Kautsky), den Glauben an eine bessere Welt (Jaurès) oder einen ausgeprägten Gerechtigkeitsinn (Plechanow) vermittelten. Morinas Gruppenporträt mit Dame dringt darauf, dass es sich bei den ausgewählten Personen nicht einfach um herausstechende Abbilder ihrer Zeit handelte, sondern um neun unterschiedliche Per-

sönlichkeiten, die sich zu ihrer Gegenwart verhielten und die aufgrund ihres aktiven Sich-Verhaltens zu Marxisten wurden. Aus diesem Grund zieht sie in ihrer Darstellung besonders frühe Selbstzeugnisse – wie Briefe, Schulaufsätze, Gedichte, Tagebücher und Zeichnungen – der neun Protagonisten heran.

Der *zweite Teil* besteht aus neun Kurzbiographien, die sich den unterschiedlichen Wegen ihrer „Politisierung“ widmen. Dass Guesde und Jaurès, Kautsky und Bernstein sowie Struve und Lenin jeweils zusammen in einem Kapitel behandelt werden, macht die Lektüre besonders reizvoll, handelt es sich dabei doch um die Paarung von über weite Strecken ihres Lebens erbitterten politischen Widersachern. Wesentlicher Bestandteil ihrer Politisierung war die Lektüre der Schriften von Marx und Engels. Die „Aneignung der marx’schen Texte“ ist Morina zufolge ohne die „jeweiligen individualbiografischen Voraussetzungen und Kontexte nicht hinreichend zu verstehen“ (61). Das Studium der marx’schen Texte wird der politischen Praxis der Akteure weder voran- noch nachgestellt. Beides seien zeitlich parallellaufende Prozesse. Dementsprechend verwahrt sich Morina vehement gegen die These von Konversionserlebnissen oder Schlüsselmomententscheidungen, auch dort, wo es sich um entsprechende Selbstaussagen handelt, egal ob diese auf ihre Marx-Lektüre oder ein politisches Erlebnis zurückgeführt werden. Morina stellt diesen Erklärungen die Perspektive eines langsamen „Einrastens in eine marxistische Optik“ (213/221) entgegen. Die Übersetzung von Marx ins Französische oder Russische, die Wei-

terentwicklung von Marx' Texten zu einer geschlossenen Weltanschauung oder die unmittelbare Propagierung seiner Ideen waren unterschiedliche Wege, die aber eines gemeinsam hatten: Sie erforderten ein intensives Studium der marxistischen Texte. Somit unterschieden sich die „Schlüsselqualifikationen“, wie Morina leicht ironisch schreibt, eines „Sozialisten des späten 19. Jahrhunderts“ von denen früherer Revolutionäre mit ihrer Haupttugend, dem „Kampfesmut“ (152).

Neben den Marx-Lektüren ist das zweite große Thema der Biografien die emotionale Disposition der neun Protagonisten zur Welt. Das Nähe- bzw. Distanzverhältnis zu Arbeitern und Bauern, die Abneigung gegenüber den Halbheiten bürgerlicher Wohltäter oder die Begeisterung für die moderne Wissenschaft als einer umfassenden Welterklärung sind nur einige der Themen, die von Morina behandelt werden. Exemplarisch seien ihre Schilderungen von Adlers Befindlichkeiten hier herangezogen, dessen „Engagement von Zweifeln und melancholischen Phasen begleitet war“ (228). Sie charakterisiert ihn als „einen außerordentlich emphatischen Grübler, der nach dem Ziel und Sinn seines universalen Mitleids sucht“ (229). Einen Menschen, bei dem sich „die Unsicherheit über die Aussichten des eigenen Lebensentwurfs mit dem Gefühl einer schicksalhaft-diffusen Jahrhundert-Sendung“ (228) verband. Solche und ähnliche Schilderungen lassen die neun Marxisten ausgesprochen lebendig erscheinen. Immer wieder wird der Zusammenhang der emotionalen Bedürfnisse und persönlichen Motive der Protagonisten mit einigen der Versprechungen des mar-

xistischen Programms erörtert. Das wird etwa an folgender Passage deutlich: „Adler gewann Marx (...) ein unwiderstehliches Verwirklichungsversprechen ab. Guesde, Plechanow und Bernstein zogen aus der Beschwörung einer in den ‚Zuständen‘ geborenen ‚Thatkraft‘ weltanschauliche Ordnung und Stringenz. Luxemburg (...) war des vermeintlich konsequenzlosen Mitleidens ebenso überdrüssig wie Kautsky oder Jaurès. Für Lenin, Struves Antagonist, spiegelte Marx jene absolute Verachtung für das eigene gesellschaftliche Umfeld wider“ (300).

Morinas individualbiographische Perspektive ist dort besonders stark, wo es ihr gelingt, zu zeigen, wie unterschiedlich die Weltsichten, Wahrnehmungen und Motive der neun Charaktere eigentlich waren. Gerade vor diesem Hintergrund ist es spannend, dass sie sich alle Karl Marx zuwandten und ihr Leben dem Aufbau der politischen Bewegung des Marxismus widmeten. Und doch hat diese These auch einen Haken. Als überwiegend studierte und ohne Ausnahme sehr belebte und politisch interessierte Figuren waren allen neun auch andere Gesellschaftstheorien und Politikentwürfe als die von Marx bekannt. Es ließe sich mit gutem Recht auch die These vertreten, dass sich die Neun durch den „zwanglosen Zwang des besseren Arguments“ (Habermas) von Marx' Argumenten überzeugen ließen. Die Argumente von Marx tauchen aber bei Morina ebenso wenig auf wie eine genauere Ausführung prägnanter Argumente der neun Marxisten. Lediglich „drei Kerngedanken“ (411) der marxistischen Revolutionstheorie werden im dritten Kapitel in aller Kürze behandelt. Der Nach-



vollzug marxistischer Argumentationsgänge durch den Leser wird nicht ermöglicht. Die marxistischen Argumente verschwinden vollständig hinter der Schilderung der Persönlichkeiten, ihren Befindlichkeiten und Weltbezügen. Es fehlt jede Möglichkeit nachzuprüfen, ob sich die facettenreichen persönlichen Motive der neun Protagonisten auch auf den Begründungszusammenhang ihrer wissenschaftlich-politischen Werke auswirken. Als fatal erweist sich das, wenn Morina sich auf den letzten Seiten zu einer deutlichen Wertung ihrer marxistischen Protagonisten aufschwingt. Luxemburg, Lenin und Guesde unterstellt sie dort recht explizit pathologische Züge. Ihr Engagement sei „mehr selbst- als weltbezogen, also stark subjektivistisch geprägt“ (486), und ihnen fehle „hinsichtlich der Konsequenzen, die aus der Mobilisierung kollektiver Emotionen erwachsen können, jegliches Unbehagen“ (487). Sie scheidet diese drei Marxisten damit deutlich von den anderen sechs, ohne auf deren Argumente einzugehen. Hier wäre mehr „theorieimmanente oder diskursgeschichtliche Marxismus-Forschung“ (12), von der sie in der Einleitung schreibt, dass sie darüber hinausgehen möchte, wünschenswert gewesen.

Für alle, die sich auf der Suche nach Motiven für politisches Handeln im marxistischen Sinne befinden und ebenso für alle, die einen lebendigen Überblick über marxistische Persönlichkeiten suchen, ist das Buch eine echte Leseempfehlung. Wer sich von der Lektüre Aufklärung darüber verspricht, was den Marxismus in Abgrenzung zu anderen wissenschaftlichen Theorien ausmacht und wie Marx

und die Marxisten ihre Argumentation anlegen, sollte lieber zu anderen Werken greifen. Über das Leben und die Persönlichkeit einiger der bedeutendsten Marxisten erfährt man viel, über die im Titel angekündigte „Idee“ des Marxismus eher wenig.

Julian Flores

## Kontroversen über den Arbeitswert

*Klaus Müller, Georg Quaas, Kontroversen über den Arbeitswert. Eine polit-ökonomische Debatte. Verlag WeltTrends, Potsdam 2020, 222 Seiten, 24,90 Euro.*

Was hat Karl Marx wirklich geschrieben? Wie hat er es gemeint? Sind seine Aussagen in sich logisch und widerspruchsfrei? Sind sie wahr in dem Sinne, dass sie die Wirklichkeit, ihr Wesen und dessen Erscheinung, adäquat widerspiegeln? Welche Wirklichkeit, welche ihrer Aspekte, die Wirklichkeit seiner Zeit oder auch die heutige? Über diese Fragen, und damit auch über die Arbeitswerttheorie und ihre Erweiterungen, wird seit dem Erscheinen des „Kapital“ erbittert gestritten. Dass die Verteidiger des Kapitalismus seine Theorien – mit denen er dessen ausbeuterischen Charakter und historische Begrenztheit aufzeigen wollte – mehr oder weniger ablehnen, ist verständlich. Klasseninstinkt. Sie „beweisen“ ja auch seit „Seniors letzter Stunde“ von 1837 bis heute mit professoraler „Exaktheit“, dass das Ende der Welt drohe, wenn Arbeiter höhere Löhne oder niedrigere Arbeitszeiten fordern. Geschenkt. Es streiten aber auch jene, die den weltanschaulichen Prämissen und gesellschaftspolitischen Zielen von Marx

prinzipiell folgen. Auch sie streiten seit mehr als 100 Jahren über die Antworten auf die oben gestellten Fragen. Warum? Wird einmal davon abgesehen, dass auch sich als marxistisch bezeichnende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler persönliche Interessen, Eitelkeiten und individuelle Macken haben, dass es begriffliche Missverständnisse und schiefe Übersetzungen gibt und gleiche Prämissen bei selbst minimaler Variation des Bedingungsgefüges durchaus unterschiedliche Folgerungen erlauben, ja, sogar manche Worte unterschiedliche Interpretationen zulassen, so liegt die Antwort auf diese Frage in der Komplexität, Widersprüchlichkeit und Historizität des Gegenstands, um den es geht. Auch ein Genie, und Marx war unzweifelhaft ein Genie über seine Zeit hinaus, ist nicht in der Lage, ein vollständiges und widerspruchsfreies Abbild dieser Wirklichkeit, und sei es auch „nur“ die Ökonomik einer Epoche, zu liefern. War er „unmarxistisch“, als er mit Friedrich Engels das „Kommunistische Manifest“ verfasste, sich der politischen Ökonomie aber gerade erst zugewendet hatte und noch keine so große Ahnung vom Doppelcharakter der warenproduzierenden Arbeit, vom Charakter der Arbeitskraft als Ware, von Mehrwert, Profit, Durchschnittsprofit, dem Fall der Durchschnittsprofitrate und dem Geld hatte? Thomas Kuczynski, einer der besten Kenner von Marx' ökonomischen Schriften, kritisiert jene Marxexegeten, „die nach wie vor die drei Bücher des Kapitals als konsistentes, in sich geschlossenes Ganzes betrachten.“ Das würde ja bedeuten, „dass Marx seit dem Abschluss des Hauptmanuskripts zum dritten Buch, also seit Dezember 1865, in sei-

ner Arbeitswerttheorie keinen Schritt vorangekommen war.“<sup>1</sup> Marx selbst jedenfalls blieb bis an sein Lebensende skeptisch, wollte den Band I des „Kapital“ umarbeiten und die weiteren Bände noch nicht fertigstellen. An Danielson in Petersburg schrieb er 1879, er würde den zweiten Band des „Kapital“ solange nicht veröffentlichen, „ehe die augenblickliche industrielle Krise ihren Höhepunkt erreicht hat [...] Man muss also den gegenwärtigen Verlauf beobachten, bis die Dinge ausgereift sind, dann erst kann man sie 'produktiv konsumieren', das heißt 'theoretisch'.“<sup>2</sup> Da geht es um den zweiten, und nicht etwa schon den dritten Band! Wie anhand seiner Arbeiten am Kapital-I-Manuskript und dessen Auflagen sowie Übersetzungen nachverfolgt werden kann, hätte er auch an den Bänden II, III und IV bis zum Termin der Manuskriptabgabe nicht nur stilistisch, sondern auch inhaltlich gearbeitet. So, wie die Bände heute vorliegen, hätte er sie jedenfalls nicht veröffentlicht.<sup>3</sup> Auch vor widersprüchlichen, miss- und unverständlichen Aussagen war Marx

<sup>1</sup> Thomas Kuczynski, Marx' Arbeitswerttheorie auf dem Prüfstand. Eine Inspektion des Prüfstandes. Rezension zu Nils Fröhlich: Die Aktualität der Arbeitswerttheorie. Marburg 2009. In: Marx Engels Jahrbuch 2010, Berlin 2011, S. 201.

<sup>2</sup> Marx an Nikolai Franzewitsch Danielson am 10. April 1879. In: MEW 34, S. 370f.

<sup>3</sup> Daraus zu folgern, sein Herausgeber Friedrich Engels hätte ihn verfälscht, ist natürlich abwegig. Marx hatte ihn zu seinem „literarischen Exekutoren“ (Friedrich Engels: Zum Tode von Karl Marx. MEW 19. S. 343) bestimmt und Engels hat diese Aufgabe im Geiste von Marx nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt und das minutiös dokumentiert. Er hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass er Marx' Entwürfe und nicht etwa dessen Endfassungen herausgibt.

nicht gefeit. Im Band I des „Kapital“ erklärt er – um einen Punkt aus dem von Müller und Quaa veröffentlichten Disput insbesondere zum sogenannten Transformationsproblem aufzugreifen (vgl. 43-101) – den Warenwert als Reproduktionswert, bestimmt durch die „unter gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen notwendige Arbeit“.<sup>4</sup> Dies lässt den Schluss zu, dass die zum Produktionspreis modifizierten Werte simultanistisch bestimmt werden müssen. Im Band III, dessen Manuskript früher entstand, kann der Produktionspreis als verwandelter Wert jedoch durchaus als sukzessivistisch bestimmt interpretiert werden (vgl. Müller 98). Die Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate erfordert Kapitalwanderungen; diese vollziehen sich in der Zeit, was einer simultanistischen Interpretation einer Produktionspreis-Ableitung entgegensteht. „Der Kostpreis der Ware ist ein gegebenes, ist eine von seiner, des Kapitalisten, Produktion unabhängige Voraussetzung, während das Resultat seiner Produktion eine Ware ist, die Mehrwert enthält, also einen Wertüberschuss über ihren Kostpreis.“<sup>5</sup> Und er fährt fort: „eine wirkliche Änderung in der allgemeinen Profitrate [...] (ist) das sehr späte Werk einer Reihe über sehr lange Zeiträume sich erstreckender Schwingungen“.<sup>6</sup> Das erklärt (vielleicht, denn Marx fehlten die mathematischen Mittel, es anders zu modellieren) die Verwendung von Wertgrößen in seiner mathematischen Ableitung der Produk-

tionspreise, was in der einschlägigen Literatur als „Kostpreisirrtum“ bezeichnet wird. Wenn aber die Gleichung „Wertsomme = Produktionspreissomme“ in einem gewissen Zeitraum gesamtwirtschaftlich gelten soll, dann gibt es keine „unabhängigen Voraussetzungen“ von der Produktion in diesem Zeitraum. Wie in einer mit Wiederbeschaffungspreisen berechneten Verflechtungsbilanz (tatsächlich wird in ihnen mit Herstellungs- bzw. Anschaffungspreisen gerechnet) müssten sowohl Input wie Output mit aktuellen Produktionspreisen berechnet und den wertbestimmenden Arbeitszeiten gegenüber gestellt werden. Marx ist also durchaus unterschiedlich interpretierbar und lässt uns mit der Bemerkung allein, „wenn in einer besonderen Produktionssphäre der Kostpreis der Ware dem Wert der in ihrer Produktion verbrauchten Produktionsmittel gleichgesetzt wird, stets ein Irrtum möglich ist. Für unsere gegenwärtige Untersuchung ist es nicht nötig, näher auf diesen Punkt einzugehen.“<sup>7</sup> Schade; es wäre gut gewesen, wenn er angemerkt hätte, an welchem Punkt seiner Untersuchung er dies für nötig befunden hätte. Das Problem wird vor allem dann offensichtlich, wenn es um eine widerspruchsfreie Modellierung oder die empirische Analyse geht. Hierbei kann man sich nicht uneingeschränkt auf Marx berufen; es muss eigene wissenschaftliche Arbeit geleistet werden. Ein Teil der Schwierigkeiten ist auch darauf zurückzuführen, dass Wert und Produktionspreis sich einer sinnlichen Erfahrung entziehen. Es ist wie mit dem Mittelpunkt des Erdballs: Wir wissen dass er existiert; jedes Schulkind kann nach

---

4 Karl Marx, Das Kapital, Band I, MEW 23, S. 224f.

5 Karl Marx, Das Kapital, Band III, MEW 25, S. 175.

6 Ebenda, S. 176.

---

7 Ebenda, S. 174.

ein paar Unterrichtsstunden in Erdkunde und Geometrie die Richtung zeigen, in der er liegen muss und berechnen, wie weit entfernt er sich befindet. Direkt nachmessen oder in Augenschein nehmen lässt dieser Punkt sich nicht, aber wer wollte an der Richtigkeit seiner Erklärung zweifeln? Freilich, wie wir wissen, ist die Erde nicht kugel- sondern eher kartoffelförmig. Da wird es schwieriger mit der Definition und Berechnung eines Mittelpunktes, aber hat die Erde deshalb keinen solchen Punkt?

Mit genau auch diesen Fragen schlagen sich Klaus Müller und Georg Quaa in dem hier zu besprechenden Debatten-Buch herum. Beide sind seit langem durch ihre Veröffentlichungen zur Wert-, Kapital- und Geldtheorie bekannt und haben schon seinerzeit in der DDR an den einschlägigen Diskussionen dazu – ja, entgegen manchem Vorurteil hat es damals in Fachkreisen öffentlichen Meinungsstreit darüber gegeben – teilgenommen. Ein per E-Mail geführter Austausch über Georg Quaa's Arbeit „Die ökonomische Theorie von Karl Marx“ von 2016 hat im Verlauf von zwei Jahren zu einem Konvolut an Briefen geführt, das sie jetzt, weitgehend chronologisch, aber auch thematisch geordnet, der Öffentlichkeit enthüllen. Ich schreibe bewusst „enthüllen“, denn selten liest man etwas in dieser Offenheit Vergleichbares. Sie versprechen sich einander schonungslosen, aber respektvollen Umgang und halten das auch ein. Sie schenken sich in ihrem Disput nichts, weder an theoretischen und methodischen Vorwürfen noch an Eingeständnissen von Irrtümern. „Wir haben gegenseitig ausgeteilt und uns nicht geschont, um uns am Ende des Kampfes sportlich fair zu umarmen. [...] Was

wir gemeinsam suchten, war die Wahrheit. Und da zeigt sich doppelt Erfreuliches: Wir wissen jetzt wenigstens, was wir nicht wissen. [...] Und damit wissen wir auch, worüber weiter nachgedacht werden sollte.“ (Müller, 216) Der Rezensent könnte enden mit Bert Brecht: „Wir stehen selbst enttäuscht und sehn betroffen. Vorhang zu und alle Fragen offen.“ Der Besuch des Stücks ist nichtsdestotrotz lohnenswert.

Und worüber streiten sie? Den breitesten Raum nimmt die sogenannte Transformation von Werten in Produktionspreise ein. Aber auch der Wert selbst, die Frage der wertbildenden, der produktiven und unproduktiven Arbeit, die Frage, was Marx unter „durchschnittlich“ verstanden haben mag, die Reduktion komplizierter auf einfache Arbeit und die Messung von Werten und Arbeitszeiten stehen zur Debatte. Es fehlt auch nicht die Auseinandersetzung mit der monetären Werttheorie der „neuen Marxlektüre“, die Diskussion über den tendenziellen Fall der Durchschnittsprorate und schließlich die Geldtheorie. Es wird über den prinzipiellen Nutzen mathematischer Modelle und deren Grenzen debattiert. Teilweise folgen Satz auf Satz, Argumente, Gegenargumente oder Bestätigungen und Irrtumsbekundungen fast im Minutentakt, und das Buch wird zu einer Art Protokoll ihres Überlegens und Streitens. Ein weites Feld für weitere Diskussionen ist eröffnet und die beiden Kontrahenten stehen darauf mit offenem Visier. „Der mit Marx' ökonomischer Theorie vertraute Leser sei vorab gewarnt: Er wird sich bei der Lektüre des Textes stets gedrängt fühlen, selber Stellung zu beziehen, entweder für einen der beiden Kontrahenten oder gegen beide. Eben das macht die Spannung des Buches aus.

Der mit Marx'schen Schriften weniger Vertraute könnte lernen, welche Fallstricke ein ihm ansonsten vielleicht unproblematisch erscheinender Text bereithält.“ (10)

„Nach der Wertdiskussion?“ titelte ein Buch, das einen Workshop an der Universität Marburg im Jahr 1998 dokumentierte.<sup>8</sup> Nach? Fritz Helmedag gab seinem damaligen Beitrag einen treffenderen Titel: „Warenproduktion mittels Arbeit. Die Neueröffnung der Debatte.“

Jürgen Leibiger

## Der Kampf gegen Kapp & Co.

Klaus Gietinger, *Kapp-Putsch. 1920 – Abwehrkämpfe – Rote Ruhrarmee*. Schmetterling Verlag GmbH, Stuttgart 2020, 328 S., br. 19,80 Euro.

In seinem neuen Buch über den Kapp-Putsch zeigt der Autor, wie sich 1919/20 ein Netzwerk von Hochverrat im militärischen und zivilen Bereich bildet und die Ablösung der Weimarer Koalition durch eine Diktatur vorbereitete, wie der Putsch am 13. März 1920 erfolgte und durch die kriminelle Meuterei der führenden Reichswehroffiziere gestärkt wird, jedoch der Gegenbewegung aus Generalstreik und bewaffneten Aktionen der Arbeiterschaft weichen musste.

Hochverräter und Meuterer wurden aber in einem politischen Salto der Reichsregierung rehabilitiert, wobei sich die bürgerlichen Vertreter in der Reichsregierung in Gestalt des stellvertretenden Regierungschefs Schiffer von der DDP

(seine Tochter war zudem mit Hauptmann Pabst liiert) besonders hervortaten. Ein neuer Terrorfeldzug gegen diejenigen Kräfte erfolgte, die den Putsch erfolgreich abgewehrt hatten und an einer demokratisch-sozialistischen Politikwende festhalten wollten. Das Ergebnis: ca. 2.500 ermordete Arbeiter, eine hohe Zahl von Verwundeten und Tausende von Verhaftungen und gerichtlichen Verfolgungen.

Gietingers Beschreibung der Putschvorbereitung, der Gegenwehr und ihrer Spaltung und terroristischen Zerschlagung zeigt (ohne dass er es selbst begrifflich herausarbeitet), dass man zwei Typen von Gegenrevolution unterscheiden muss: Der erste Typ ist gegen die Kräfte gerichtet, die über eine reine Wahldemokratie hinaus auch eine soziale und wirtschaftliche Demokratie (ggf. auch eine Rätedemokratie) anstreben. Dieser Typ umfasst das Bürgertum, das Militär und die rechte Sozialdemokratie. Ihre Plattform ist der „Antibolschewismus“. Der zweite Typ ist der, welcher das Weimarer politische System durch eine Diktatur ablösen will und im Verlauf des Jahres 1919 Hochverrat und Meuterei aufbaut und schließlich unter Drängen der militärischen Kräfte am 13. März die Regierung übernimmt. Angesichts des Erfolges der Abwehrkräfte muss sich Typ 2 zurückziehen und Typ 1 übernimmt unter Führung des Bürgertums, rechter Sozialdemokratie und militärischer Hochverräter und Meuterer, um die erneute Gefahr einer Linksentwicklung auszuschalten.

Im ersten Abschnitt, der *Vorgeschichte* des Putsches, widmet sich Gietinger einer Besonderheit der frühen Geschichte der Weimarer Republik. Er nennt es den „Weg zu einer durchmili-

<sup>8</sup> Kai-Eicker Wolf, Torsten Niechoj, Dorothee Wolf (Hrsg.), Nach der Wertdiskussion? Marburg 1999.

tarisierten profaschistischen Gesellschaft“ (35). Hierzu zählt er 1) den Ausbau der schwer bewaffneten Sicherheitspolizei (SiPo), die der Bekämpfung innerer Unruhen dienen sollte; 2) die Aufstellung von Einwohnerwehren, die in Preußen am 18. März 1919 landesweit verfügt wurde; 3) die Aufstellung der Technischen Nothilfe, die gegen die Wirksamkeit von Streiks zum Einsatz kam; 4) die Aufstellung von Zeitfreiwilligen-Verbänden. Gietinger sieht in der Schaffung dieser Verbände den „Versuch, trotz des Versailler Vertrages eine komplett durchmilitarisierte Gesellschaft zu schaffen“ (59). Er schreibt sogar den Alliierten (mit ihren Demilitarisierungsvorgaben) das Verdienst zu, die „Durchmilitarisierung“ 1919/20 verhindert zu haben. Anderenfalls „hätte sich hier schon sehr früh eine faschistisch militaristische Gesellschaft ... etabliert“. Es sei also auch der Entente zu verdanken, dass die Republik nicht schon früher in einen faschistischen Staat abdriftete (59).

Diese These ist – was sie wohl bezweckt – diskussionsbedürftig. Die Abrüstungsvorgaben der Alliierten bewirkten eher, dass Militärpotential in verdeckte Zonen ausgelagert wurde. Es erscheint auch zweifelhaft, ob sich die Alliierten einem deutschen präfaschistischen Staat entgegen gestellt hätten. Den Terror gegen die ungarische Räterepublik hatten sie von außen unterstützt.

Gleichwohl ist es verdienstvoll, die Bedeutung des Militarisierungsprozesses für den Charakter des frühen Weimarer Staates aufzuwerfen. Hier könnte auch die kontinuierliche Anwendung des Ausnahmezustands einbezogen werden, der eine gegen Streiks und die

radikale Opposition gerichtete innenpolitische Militärdiktatur etablierte. Genau gegen diese innenpolitische Diktatur und ihre durch den Putsch zu erwartende Verschärfung richtete sich auch die Abwehrbewegung gegen den Kapp-Putsch und ihr Eintreten für eine politische Linkswende.

Im zweiten Teil über die *Abwehrkämpfe* greift Gietinger auf die vorliegenden Arbeiten von Könnemann/Krusch, Erhard Lucas und Eliasberg<sup>1</sup> zurück. Sie sind in den 1970er Jahren erschienen und bieten auch heute noch die gründlichsten Quellenstudien zum Thema. Auf Grundlage dieser Forschungen erarbeitet Gietinger eine Zusammenfassung der Abwehrkämpfe in den Brennpunkten des Ostens, des Nordens, Mitteldeutschlands und des Südens (ca. 40 Seiten) und in Ruhr-Westfalen (ca. 120 Seiten).

Er zeigt, dass Streik und Bewaffnung unmittelbar nach dem Putsch einsetzten und zum schnellen Rückzug der Putschisten führten. Die Erfolge der Abwehrbewegung erhöhten allerdings die Motivation der direkten und indirekten Unterstützer des Putsches, gemeinsam mit der Reichsregierung von Typ 2 der Gegenrevolution zu Typ 1 zurückzukehren.

Mit Bezug auf Könnemann/Schulze<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Könnemann, Erwin/Krusch, Hans Joachim, *Der Kapp-Putsch und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse*, hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus b. ZK der SED, Berlin/DDR 1972. Lucas, Erhard: *Märzrevolution 1920*, 3 Bde., Frankfurt am Main 1970 (Bd. 1), 1973 (Bd. 2) und 1978 (Bd. 3). Eliasberg, George, *Der Ruhrkrieg von 1920*, Bonn/Bad Godesberg 1974.

<sup>2</sup> Könnemann, Erwin/Schulze, Gerhard (Hg.), *Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch*. Dokumente, München 2002.

zeigt er, dass die große Mehrheit der Kommandeure der Reichswehr sich nicht loyal zur Reichsregierung verhielt. Sie unterstützten den Putsch, indem sie sich vorbehaltlos hinter den Putsch stellten oder sich auf ihre Aufgabe der Sicherstellung von Ruhe und Ordnung im Rahmen des verordneten Ausnahmezustands beriefen (S. 108 ff.).

In der Beurteilung der Situation nach dem Putsch und der Chancen, die eine von Legien vorgeschlagene Arbeiterregierung für eine linksdemokratische Wende geboten hätte, schließt sich Gietinger der Deutung Rosenbergs und Abendroths an (ohne sie zu erwähnen). Sie gingen davon aus, dass die Abwehrbewegung eine historische Chance für eine Linkswende eröffnet habe, dass diese aber von der USPD-Führung am 17./18. März nicht genutzt wurde. Gietinger deutet ein Szenario des Möglichen an, nach dem die von Legien vorgelegten Forderungen für eine politische Linkswende (Neunpunkteprogramm) (202) als Voraussetzung für die Beendigung des Generalstreiks realistisch erschienen. Wenn es auch zu der angestrebten Arbeiterregierung nicht kam, würdigt der Autor doch den Erfolg der Abwehrbewegung, eine solche historische Chance eröffnet zu haben.

Am 18. März begann Legien Verhandlungen mit der Reichsregierung, aus denen ein eher unverbindlich formuliertes Übereinkommen folgte (8-Punkte-Programm), auf dessen Grundlage die gewerkschaftlichen Spitzenverbände am 20. März zur Wiederaufnahme der Arbeit aufriefen. Dieser Aufruf wurde in Berlin überwiegend nicht befolgt, zumal die Reichswehr begonnen hatte, massiv gegen die streikenden Arbeiter in den

Berliner Vororten vorzugehen. USPD und Berliner Gewerkschaftsvorstände forderten angesichts der Reichswehroffensive vom ADGB die Wiederaufnahme des Streiks, die Bildung einer ADGB/USPD-Regierung und die Bewaffnung der Arbeiterschaft.<sup>3</sup> In darauf folgenden Verhandlungen, in die die Reichsregierung einbezogen wurde, legte diese ein Angebot vor, mit dem die Wiederaufnahme der Arbeit erreicht werden sollte. Es beinhaltete 1) einen teilweisen Rückzug der Reichswehr in Berlin; 2) die Aufhebung des verschärften Belagerungszustands; 3) die Zusicherung, nicht gegen die bewaffneten Arbeiter besonders im Ruhrgebiet vorzugehen; 4) Verhandlungen über die Aufnahme von Arbeitern in die preußische Sicherheitspolizei. Auf dieser Basis (Lucas sieht darin ein Täuschungsmanöver der Reichsregierung) kam am 22. März (Mitternacht) ein gemeinsamer Aufruf zum sofortigen Abbruch des Generalstreiks (Gewerkschaftsverbände, Berliner Gewerkschaftsvorstände USPD und SPD) zustande. Dem schloss sich am 23. März die „Berliner Generalversammlung der revolutionären Betriebsräte“ an.<sup>4</sup> Spätestens seit diesem Zeitpunkt traten in der Abwehrbewegung Überlegungen zum Rückzug in den Vordergrund.

Gietinger stellt – seinem mentalitäts- und kriminalhistorischen Blick folgend – das Zusammenspiel von Reichsregierung, Watter und Severing bei der Spaltung der Abwehrbewegung und die Massaker der Freikorps an der Arbeiterbevölkerung in den

---

<sup>3</sup> Lucas 1973, S. 128.

<sup>4</sup> Ebd., S. 130.

Mittelpunkt. Er interpretiert den terroristischen Einsatz der gesammelten Freikorps als die „Geburtsstunde des deutschen Faschismus“ (275).

Der Autor vernachlässigt die Bemühungen der politischen und militärischen Führer der Abwehrbewegung um einen geordneten Rückzug. Er beachtet nicht, dass der Ruhrkampf angesichts der Entwicklungen in Berlin und in den übrigen Regionen des Reiches, aber auch wegen Bewaffnungs- und Versorgungsprobleme im Ruhrgebiet (den Kampfeinheiten fehlten Munition und schwere Waffen, sie hatten keine Schuhe und kein Geld), seinen Höhepunkt überschritten hatte und ein Rückzugsweg gefunden werden musste. So unterlaufen ihm darauf bezogen auch Ungenauigkeiten.

Ein Beispiel ist die unzureichende Beschreibung der Rolle des Essener Zentralrats. Gietinger datiert dessen Entstehung auf den 20. März (284) und folgt in dieser Beziehung einem Fehler Eliasbergs (Eliasberg 1974, 292). Am 20. März erfolgte eine Neubildung des Essener Vollzugsrates. Dieser war vor der Einnahme Essens durch die Ruhrarmee von der SPD dominiert unter Beteiligung der DDP. Im neuen Vollzugsrat bildeten KPD (7) und USPD (8) eine Mehrheit (SPD 1). Nach Abschluss der von Severing einberufenen Bielefelder Konferenz (23./24. März), die den Verzicht auf den Einmarsch der Reichswehr angeboten hatte unter der Voraussetzung, dass die Ruhrarmee die Waffen innerhalb von 10 Tagen abgäbe, berief der Essener Vollzugsrat ein Treffen der Vollzugsräte des rheinisch-westfälischen Industriegebiets ein, das der Abstimmung von Rückzugsbedingungen dienen sollte. Dieser Initiative folgend versammelten sich am 25.

März 200 Vollzugsräte aus 70 Orten Rheinland-Westfalens in Essen. Die Vertreter der KPD-Zentrale (Wilhelm Pieck) und der USPD (vermutlich Paul Hertz)<sup>5</sup> plädierten mit Blick auf die schwierige Gesamtsituation im Reich für die Annahme der Bielefelder Bedingungen. Die Mehrzahl der Versammelten verlangte Garantien. Erst jetzt wurde von den Vollzugsräten ein Zentralrat gewählt, der beauftragt wurde, Verhandlungen mit der Reichsregierung aufzunehmen und Garantien für die Einhaltung der Versprechen Severings zu verlangen. Eine solche Abstimmung war angesichts der veränderten Kampfbedingungen dringend erforderlich und sinnvoll. Die Versuche des Zentralrats, Verhandlungen mit der Reichsregierung aufzunehmen, beantwortete die neue Regierung Müller mit einem Ultimatum.

Die veränderten Kampfbedingungen werden aus meiner Sicht nicht hinreichend erörtert. Generalstreik und bewaffneter Kampf machten in ihrer Gleichzeitigkeit die Stärke der Bewegung aus. Das gilt für das übrige Reich und das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Wenn der Generalstreik zurückgenommen wurde, konnte auch die bewaffnete Aktion nicht erfolgreich weiter geführt werden. Spätestens nachdem am 22./23. März von ADGB und USPD das Ende des Generalstreiks ausgerufen wurde, mussten Rückzugskonzepte entwickelt werden. Der Essener Zentralrat versuchte diese Aufgabe zu übernehmen. Seine Rolle hätte eine stärkere Beachtung verdient. Dies gilt auch für ähnliche Bemühungen auf Ebene der Parteien in Hagen.

---

<sup>5</sup> Eliasberg 1974, S. 184.



Ungeachtet dieser Einwände ist Gie-tingers Buch ein hochaktueller Beitrag 1) zu den Gefahren rechtsvölkisch, gewaltorientierter Mentalität; 2) eine Würdigung des erfolgreichen demokratischen und sozialistischen Abwehrkampfes der Arbeiterschaft gegen die Diktaturbestrebungen im März 1920 und 3) ein kriminalhistorischer Blick auf die führenden Akteure der frühen Weimarer Republik.

*Gerhard Weiß*

## **Kritik der postkolonialen Theorie**

*Vivek Chibber, Postkoloniale Theorie und das Gespenst des Kapitals, Karl Dietz Verlag, Berlin 2018, 382 S., 29,90 Euro.*

Unter dem Namen der „postkolonialen Theorie“ versammeln sich akademische Ansätze, die sich mit dem Erbe des Kolonialismus befassen und sich dabei in der Regel auf postmoderne Schriften von Foucault, Derrida und anderen stützen. Als wegbereitend für postkoloniale Theorien gilt Edward Saids Abrechnung mit dem traditionellen „Orientalismus“ (1979), der die Kolonien für rückschrittlich und deren Unterwerfung zu einer Wohltat des Imperialismus erklärte. Maßgebliche Vertreter der postkolonialen Theorie begannen zunächst als Marxisten, wandten sich aber später, vermittelt durch die Rezeption der Arbeiten von Antonio Gramsci und Luis Althusser, dem Poststrukturalismus zu. Vivek Chibber, Professor für Soziologie an der New York Universität, unterzieht die postkoloniale Theorie einer grundlegenden Kritik. Sein exemplarischer Gegenstand sind

die Publikationen der sogenannten Subaltern Studies Group, namentlich der Historiker Ranajit Guha und Dipesh Chakrabarty sowie des Politikwissenschaftlers Partha Chatterjee.

Der Autor betrachtet die Etablierung der postkolonialen Theorie an den US-Eliteuniversitäten als Teil der „kulturellen Wende“ in den Literatur- und Sozialwissenschaften. Dem „Flirt der Neuen Linken mit dem marxistischen Materialismus“ sei ein „beharrliches Interesse an Kultur und Ideologie“ gefolgt – „nicht nur als Gegenstand der Untersuchung, sondern als einem Erklärungsprinzip, das schnell den gleichen herausragenden Platz einnahm, den noch ein Jahrzehnt zuvor ‚Klasse‘ und ‚Kapitalismus‘ eingenommen hatten“ (17f.). Chibber zitiert die von ihm kritisierten Autoren ausführlich, um sich „nicht dem Vorwurf einer verfälschenden Wiedergabe auszusetzen“; zudem begrüßen sie „ihre Argumente unter einem dichten Dickicht von Jargon oder formulieren sie so kryptisch, dass ihre Bedeutung nur schwer eindeutig auszumachen“ sei (49).

Im Mittelpunkt des Buchs stehen jedoch nicht die theoretischen Bezüge des Ansatzes, sondern die positiven Thesen der Subaltern Studies zur Geschichte Indiens. Diese postulieren u.a. eine „universalisierende Tendenz des Kapitals“ (137f.), die im Gefolge der Englischen und Französischen Revolution die Grundlagen für Liberalismus und Sozialismus geschaffen habe. Das Ausbleiben einer weitgehenden bürgerlich-demokratischen Entwicklung in Indien und anderen Ländern führen die Subaltern Studies u.a. als Beleg dafür an, dass der „Osten“ kulturell grundsätzlich anders sei und dass dort der Kapitalismus nach

„westlichem“ Vorbild keine Hegemonie erlangen konnte. Auch verfolgten indische Arbeiterinnen und Arbeiter keine Klasseninteressen, wie der Marxismus sie unterstelle, vielmehr seien sie durch ihre Identität an traditionelle und religiöse Gemeinschaften gebunden. „Die Subalternisten bestreiten, dass die Akteure über kulturelle Grenzen hinweg gemeinsame Bedürfnisse und Interessen haben können, und behaupten stattdessen, Bauern und Industriearbeiterinnen im Osten hätten eine völlig andere Psychologie als die im Westen.“ (198)

Gegen diese Thesen argumentiert Chibber theoretisch und gestützt auf empirische Studien zur Geschichte der indischen Arbeiterbewegung. Liberale Demokratie und kulturelle Homogenisierung seien keine genuinen Merkmale kapitalistischer Entwicklung, vielmehr hätten demokratische Fortschritte im Westen wie im Osten gegen den Widerstand der Bourgeoisie durchgesetzt werden müssen. Während des 20. Jahrhunderts spielten demnach Gewerkschaften und bäuerliche Bewegungen eine wichtige Rolle im Kampf um Demokratie. In der Geschichte (ehemaliger) Kolonien hätten die „unteren Volksschichten in den Nationalbewegungen (...) in die gleiche Richtung gedrängt (...) wie ihre Pendanten in Europa“ (ebd.). Der Kapitalismus, so Chibber weiter, hebe kulturelle Diversität nicht notwendigerweise auf, er könne sie vielmehr nutzen, um seine Herrschaft auszubauen, oder im Zuge von Klassenkämpfen neue Differenzen produzieren; Chibber verweist hier als Beispiel auf Unterschiede zwischen westeuropäischem und dem US-Kapitalismus (vgl. 305ff).

Die Darstellung ist akribisch, stellen-

weise auch redundant, aber fast immer lesenswert und anregend. Chibbers Fazit fällt vernichtend aus: Die Subaltern Studies reanimierten den konservativen Orientalismus, den zu bekämpfen sie einst angetreten waren. Sie schrieben „Wissenschaft, Rationalität, Objektivität und ähnliche Attribute dem Westen zu, statt sie als etwas zu betrachten, das beiden Kulturen gemeinsam“ sei (360). Ihre „Zelebrierung des Lokalen, des Besonderen“ ende in einer „exotischen Darstellung des Ostens“ (ebd.). Obwohl beispielsweise der Arabische Frühling zentrale Postulate der postkolonialen Theorie praktisch widerlegt habe, sei mit deren baldigem Niedergang nicht zu rechnen. Teile der einst radikalen Intelligenz hätten sich in die akademische Welt zurückgezogen und sich dort eine langlebige Struktur aus Lehrstühlen, Verlagen und Zeitschriften geschaffen.

*Michael Zander*

## **Die wiedergefundene Zeit**

*Patrick Eser, Alke Jenss, Johannes Schulten, Anne Tittor (Hg.), Globale Ungleichgewichte und soziale Transformationen, Beiträge von Dieter Boris aus 50 Jahren über Lateinamerika, Klassenanalyse und Bewegungspolitik, Mandelbaum Verlag, Wien-Berlin 2018, 376 Seiten, 29,- Euro.*

Die Rezension einer Festschrift ist eine große Aufgabe! Wenn ein Werk zudem den Versuch unternimmt, Ergebnisse einer fünfzigjährigen Forschungsaktivität aus einem Themengebiet darzustellen, ist die Herausforderung noch größer. Wirklich interessant wird es jedoch, wenn man mit dem Jubilar und seinen Ideen über Dekaden in Kontakt steht und immer wieder persön-

licher Austausch stattfand. Es ermöglicht nämlich, einen kritischen (Rück-) Blick auf die Hauptthesen zu werfen, sich Überlegungen hinsichtlich ihrer Aktualität zu machen und der Frage nachzugehen, ob und wie diese nach wie vor dazu dienen, die Gegenwart als Ergebnis eines langfristigen Prozesses zu verstehen. Die Hauptthesen, die das Buch aufnimmt, sind mir keineswegs unbekannt. Auch einige Beiträge hatte ich zur gegebenen Zeit gelesen. Und trotzdem konnte mich die Lektüre sofort in den Bann ziehen, was zunächst sehr für dieses Buch spricht.

Die Herausgeber haben bei Dieter Boris studiert. Der von ihnen zusammengestellte Band besteht aus vier Teilen. In jedem von ihnen werden Textentwürfe, die Dieter Boris im Laufe seiner langen Forschungsarbeit geschrieben hat, kurze einleitende und kommentierende Beiträge von Weggefährt\*innen und Freund\*innen aus dem deutschsprachigen Raum gegenübergestellt. Das Buch nimmt sich vor, die relevantesten Ideen von Boris in den Bereichen „Theorie und Wissenschaftsverständnis“, „Entwicklungstheorie“, „Sozialstrukturanalyse Lateinamerikas“ und „Populismus, Transformation und Hegemonie“ zusammenzubringen. Dabei zeichnet sich das breite thematische Interessensfeld von Boris ab – auch wenn er meistens so schreibt, als würde er uns eine kleine Geschichte aus einem in Lateinamerika verschollenen Land erzählen wollen.

Diese Festschrift soll unter zwei Gesichtspunkten betrachtet werden: zum einen bezüglich der Gestaltung des Buchs selbst; zum anderen unter dem Gesichtspunkt der Ideen, Thesen und Methodik.

Zwei Formen können die Basis der

Gestaltung eines solchen Buches bilden: es kann entweder chronologisch oder thematisch angeordnet sein. Leider ergibt sich daraus keine dialektische Beziehung; der eine Weg schließt den anderen aus. Der ausgewählte thematische Weg kann es deshalb erschweren, die Entwicklung des Denkens von Boris zu rekonstruieren. Dafür wird den Leser\*innen eine sehr gut strukturierte thematische Fokussierung geboten. Letzteres ist bei einem Autoren wie Boris keine leichte Aufgabe. Dieser hat nämlich bei jedem Aufsatz den Anspruch, ein gesamtgesellschaftliches Bild zu schildern. Dieser Bedingung kommt das Buch sehr erfolgreich nach.

Der Überblick zur Breite der Arbeiten von Dieter Boris ist gelungen dargestellt. Diejenigen unter uns, die mit ihm vertraut sind, werden hier oder da bestimmte Lücken finden. Für Leser\*innen, die einen Einblick in sein Werk gewinnen möchten, ist die Textauswahl meiner Meinung nach vorzüglich geeignet. Der Umfang des Buchs verdeutlicht die Schwierigkeit, eine Ideensammlung eines derart produktiven Wissenschaftlers wiederzugeben.

bei den insgesamt gelungenen Einführungstexten versuchen einige Autorinnen und Autoren, den ausgewählten Text im Zeitkontext einzurahmen, während andere eher gewisse Ideen unterstreichen. Dabei werden zwei, wenn auch kleinere, Probleme deutlich. Das Quellenverzeichnis der Texte von Boris ist am Ende des Buches aufgelistet. Hilfreicher wäre gewesen, sie als Fußnote jedem Text beizufügen, um sich schneller vorstellen zu können, wann und in welchem Kontext der Artikel geschrieben wurde. Das zweite Problem ist etwas wichtiger: immer wieder

wird hervorgehoben, dass Boris Position gegen eurozentristische Tendenzen bezieht. Da kommt es etwas widersprüchlich daher, dass nur deutsch-österreichische Autor\*innen an dem Buch partizipiert haben. Während seiner langen Karriere hat Boris ein dichtes Netz von Beziehungen zu lateinamerikanischen Wissenschaftler\*innen und Denker\*innen aufgebaut. Die Frage danach, wie dort die Ideen eines deutschen Lateinamerikawissenschaftlers aufgenommen und interpretiert werden, wären wichtig gewesen, um ein vollständiges Bild zu zeichnen. Sie bleibt leider ausgeblendet.

Der zweite relevante Aspekt für eine Buchrezension ist der direkte Bezug zu den Ideen; auf das Werk selbst. So steht die Frage im Mittelpunkt, was uns die „alten“<sup>1</sup> Texte von Dieter Boris noch sagen können. Eine fruchtbare Alternative ist, natürlich, sich in jeden Artikel einzulesen, um dabei konkrete Informationen und Zeitdebatten zurückzurufen – aus rein historischem oder nostalgischem Interesse. Das ist jedenfalls möglich, weil Boris immer viel Wert auf eine detaillierte Darstellung der empirischen Seite eines Problems legt, die zudem auf mehreren Quellen basiert, um Einseitigkeiten zu vermeiden. Dadurch gelingt ihm ein bedeutsamer Beitrag zur historischen Rekonstruktion der neusten Geschichte Lateinamerikas.

Doch seine Perspektive versucht tiefer zu greifen. In Zeiten, in denen zeitlose Analysen, fragmentierte Geschichten, minimalistische Erzählungen oder tiefe Beschreibungen eines kleinen Prob-

lems die Norm sind, schwimmt Boris gegen die Strömung. In jedem Beitrag, in jeder Analyse, stehen auch die langfristigen Entwicklungen, die Multikausalität und die Komplexität der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Prozesse im Mittelpunkt. Diese Prozesse werden in seinem Narrativ auf eine Art und Weise verflochten, die man von den „Großen Historikern“ wie Eric Hobsbawm kennt. Diese breite Perspektive mündet nicht in einem unpräzisen und undifferenzierten Gemenge. Die Bestandteile der Erklärung werden bewusst hierarchisiert gegliedert und durch die Ausarbeitung der internen Widersprüche in der Gesellschaft selbst dargestellt.

Boris verfolgt eine klare theoretische Linie. Sowohl in seinen multiplen Kontroversen als auch als Fundament seiner empirischen Arbeiten ist sein Bezug auf klassische marxistische Kategorien deutlich. Aber auch hier erlaubt er es sich, kritisch damit umzugehen. Er ist kein orthodoxer Marxist im „biblischen Sinne“ und nimmt bestimmte Kategorien nicht unkritisch an. Dies ermöglicht es ihm, auch mit anderen Theorien und Autor\*innen unterschiedlicher theoretischer Strömungen ins Gespräch zu kommen. Dabei kann er auch sehr gelungen mit marxistischen Autor\*innen polemisieren. Beide Aspekte finden im vorliegenden Werk Beachtung.

Besonders interessant für gegenwärtige Diskussionen ist seine Art, durch Analysen zu Lateinamerika die europäischen Problemen aus einer anderen Perspektive zu beleuchten. So entstehen nicht-konventionelle Ideen über Klassen und Revolutionen oder auch über Populismus und politische Entwicklung. Dabei werden absolute Per-

<sup>1</sup> Mit alten Texten wird verdeutlicht, dass seit der Erscheinung des Buchs neue Artikel von Boris veröffentlicht wurden, die zum Teil neue intensive Polemiken verursachten.

spektiven nüchtern relativiert.

Die durchgehende Verbindung von empirischer Analyse und methodologisch reflektierter Annäherungsweise, die in jedem Aufsatz und als Gesamtfaden in den Arbeiten von Dieter Boris ein Charakteristikum sind, können in diesem Buch wiedergefunden werden. Die Herausgeber\*innen haben es – trotz genannter Komplexität – geschafft, ein eindrucksvolles Werk zu veröffentlichen.

*Andrés Musacchio*

## **Auf dem Weg in eine neue Weltordnung?**

*Stefan Schmalz, Machtverschiebungen im Weltsystem. Der Aufstieg Chinas und die große Krise, Campus Verlag Frankfurt/New York 2018, 489 S., 39,95 Euro.*

Das Buch ist Ergebnis einer zehnjährigen Beschäftigung des Autors mit dem Gegenstand, darunter Forschungsaufenthalte in den USA und in China. Kenntnisreichtum, Gründlichkeit, ein kritischer Blick und Verständlichkeit der Arbeit lassen das Werk weit über zahlreiche andere Veröffentlichungen zum Thema herausragen. Wer die globalen Prozesse der Gegenwart verstehen will, wird um dieses Buch nicht herumkommen.

Die acht Kapitel lassen sich in zwei große Teile gliedern: Kapitel 1 und 2 fassen den theoretischen Rahmen, in den anderen sechs Kapiteln geht es um eine detailreiche Darstellung des (aufhaltensamen) Aufstiegsprozesses Chinas, der nur begrenzt auch ein Abstiegsprozess der USA ist.

Im Mittelpunkt des ersten Teils steht der Weltsystemansatz, den Schmalz

trotz relativierender Bemerkungen als theoretischen Rahmen der Untersuchung vorstellt: Behauptet wird, dass sich die Welt seit dem 15. Jahrhundert „durch einheitliche Gesetzmäßigkeiten und Strukturen auszeichne“ (28), und dass der Wechsel von Hegemonieverhältnissen nach „wiederkehrenden zyklischen Mustern“ (28) verlaufe. In Abweichung davon geht Schmalz von einem „Phasenmodell“ aus, in dem sich Machtverschiebungen zeitlich überlappen (62). Trotz Differenzierungen hängt Schmalz im Kern der Vorstellung an, es habe in der Vergangenheit eine gewisse historische Gleichförmigkeit im Wechsel der Hegemonialverhältnisse gegeben. Dies wird nochmals am Ende des Buches deutlich, wenn er formuliert: „China re-etabliert sich in den kommenden zwei Jahrzehnten wieder als wichtigstes Zentrum der Weltwirtschaft, wie es bis weit in die Zeit der Qing-Dynastie (1644-1911) der Fall gewesen war.“ (404) Zwar war China am Beginn dieser Periode tatsächlich wirtschaftlich höher entwickelt als die europäischen Mächte; es war allerdings keine globale Hegemonialmacht, weil es zu dieser Zeit so etwas wie eine die regionalen Ökonomien strukturierende Weltwirtschaft im Sinne der Weltsystemtheorie nicht gab. Dies räumt Schmalz implizit selbst ein: Seiner Darstellung im ersten Teil des Buches zufolge waren bei Machtantritt der Qing-Dynastie in China die Niederlande (europäische) Hegemonialmacht. Sicher gab es die von Fernand Braudel (siehe Zitat auf S. 37) dargestellten Hegemoniewechsel von Venedig über die Niederlande bis zu Großbritannien. Diese bezogen sich aber auf Europa und anhängende Gebiete, zudem war die Basis der Hegemonie je-

weils unterschiedlich. Hier sei auf Braudels Definitionen von Weltwirtschaft verwiesen, der von den Weltsystemtheoretikern m.E. zu Unrecht als Kronzeuge herangezogen wird: Weltwirtschaft hat Braudel zufolge zwei unterschiedliche Bedeutungen: Einmal kann es ein „weltumspannendes Phänomen“ meinen, zum anderen einen „Ausschnitt“, einen „wirtschaftlich autonomen Sektor unseres Planeten“ bezeichnen. Die vom großen Empiriker Braudel analysierten Hegemonialverhältnisse bezogen sich (anders als die Weltsystemtheoretiker meinen) auf „Weltwirtschaften“ im zweiten Sinn: Nur in diesem Sinne gab es „seit unvordenklichen Zeiten“ „Weltwirtschaften“, und nur in diesem regional begrenzten Sinne war das China von 1600 Hegemonialmacht in einem Raum, der Braudel zufolge „Korea, Japan, den Malaiischen Archipel, Vietnam, Jünnan, Tibet und die Mongolei“ umfasste.<sup>1</sup> Mit der Stellung, die China heute global einzunehmen sich anschickt hat das nichts zu tun.

Tatsächlich spielt der theoretische Rahmen der Weltsystemtheorie im zweiten Teil des Buches auch keine Rolle mehr. Der Autor nimmt sich vielmehr Wolfgang Abendroths Bemerkung zu Herzen, derzufolge „sich der geschichtliche Prozess letztlich immer ‚historisch konkret‘ (...) vollzieht...“ (59) Irgendeine global-historische Regelmäßigkeit oder gar Zyklizität ist offensichtlich beim aktuellen chinesischen Aufstieg nicht auszumachen. Schmalz zeichnet sehr genau und detailliert den Aufstieg Chinas

als Wechselspiel von inneren und äußeren Verhältnissen nach, ausgehend von der Frage, „wie ...Macht im kapitalistischen Weltsystem ausgeübt wird.“ (13/14) Im Mittelpunkt steht dabei das Verhältnis USA-China. Die Machtverschiebungen werden jeweils auf fünf Feldern analysiert: Produktionsstruktur, Finanzwirtschaft, Wissenschaft/Technologie, Militär und Ressourcen (86/87). Folgend den durch Krisen markierten Etappen der Machtverschiebungen zieht der Autor immer wieder eine Zwischenbilanz auf Basis dieser fünf Untersuchungsfelder.

Ausgangspunkt der Restrukturierung des chinesischen Aufstiegs und des (relativen) US-Niedergangs ist die asiatische Finanzkrise von 1997/98, in der China als Stabilitätsanker fungierte. „Aus der Phase nach der Asienkrise ging China gestärkt hervor.“ (170) Es kam zur Entstehung der BRIC-Gruppe, wobei China von Anfang an eine Sonderrolle spielte. China war nach der Krise stärker, die US-Dominanz war zunächst kaum beeinträchtigt.

Der zweite große Einschnitt war die „transatlantische Finanzkrise“ (221) von 2008, die die BRIC-Staaten zwar nicht unberührt ließ, in der sich „China ... als Stabilitätsanker der Weltwirtschaft“ (236) erwies. In den folgenden Jahren konnte China seine Machtpositionen auf allen untersuchten Feldern ausbauen, wobei das Land im globalen Süden eine zunehmend zentrale Stellung gewann (321). Ab 2014/15 kam es in China zu einer Krise des bisherigen „Akkumulationsregimes“ (349), das auf Exporten und Investitionen basierte. Diese „Transformationskrise“, verbunden mit mehr Binnenorientierung und einer gewissen Wachstumsabschwächung, war „weltweit spürbar“

<sup>1</sup> Fernand Braudel, Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts. Aufbruch zur Weltwirtschaft, München 1986, S. 18 ff.

(352). Sie beendete den Höhenflug der Rohstoffpreise und stürzte die rohstofforientierten Länder des Südens (Lateinamerika, Russland, Teile Afrikas) in eine Depression, die teilweise bis heute anhält. Ob dies schon „das Ende der BRICS“ bedeutet, wie der Autor titelt (356), ist aber m.E. nicht sicher.

Im letzten Kapitel bilanziert Schmalz die Situation, wie sie sich 2018, also vor der Coronakrise, darstellte. Er nimmt den Begriff der „unvollständigen Weltmacht“ (382) auf: „Die globalen Machtstrukturen werden nun durch die Verschiebung des wirtschaftlichen Zentrums nach China langsam untergraben...“, was aber bislang nicht mit der Etablierung eines neuen Regelwerks verbunden sei. Immerhin hängt die Weltwirtschaft heute davon ab, inwieweit es China gelingt, seine internen Konflikte zu überwinden und sein Akkumulationsmodell zu restrukturieren. Anders als im ersten Teil in Anlehnung an die Weltsystemtheorie unterstellt, muss es Schmalz zufolge nicht zu einer neuen Hegemonialsituation kommen: „Vielmehr könnte eine dauerhafte multipolare Situation entstehen, in der es schwieriger wird, einseitig neue Machtstrukturen zu verankern.“ Dabei wird China auf allen Gebieten eine Schlüsselrolle spielen, was „neue Kooperationsbeziehungen“ zu den „alten Zentrumsstaaten“ notwendig mache: Dafür gibt es allerdings derzeit kaum Anzeichen (408).

Jörg Goldberg

## Prägende Rolle des Islam

*Ruud Koopmans, Das verfallene Haus des Islam. Die religiösen Ursachen von Unfreiheit, Stagnation und Gewalt, München, C.H. Beck Verlag, 2020, 288 S., 22,- Euro.*

Die Diskussion um die verhaltensprägende Rolle des Islam – in welchen Strömungen auch immer – ist so heftig wie unerschöpflich; sie wird zudem durch gewaltsame Handlungen – im Namen „des Islam“ oder gegen „den Islam“ – stets neu genährt und scheint letztlich nur durch tief sitzende Vorurteile oder Apriori feststehende Weltanschauungen „begründet“ zu sein. Umso vorteilhafter muss die Studie Koopmans wirken, der als Soziologe und Integrationsforscher des WZB und der Humboldt Universität langjährige eigene Forschungen und andere empirische Arbeiten sowie statistische Materialien heranzieht, um zu einem sozialwissenschaftlich fundierten Urteil bezüglich vieler Fragen um „den Islam“ zu gelangen, ohne sich auf theologische Debatten oder gar vorschnelle politische Einschätzungen einzulassen.

Seine Zentralthese, „dass die islamische Welt in den letzten fünfzig Jahren an fast allen Fronten stagniert hat“ und dies „durch den Aufstieg des islamischen religiösen Fundamentalismus“ begründet wurde (22), versucht er auf unterschiedlichen Ebenen zu belegen. In jeweiligen Kapiteln behandelt er den „Zustand der Demokratie“, der Menschenrechte, der „politischen und religiösen Gewalt“, den wirtschaftlichen Fortschritt in 47 unabhängigen Ländern, in denen der Islam die wichtigste Religion ist. In einem weiteren Kapitel wird die muslimische Einwanderbevölkerung in Europa, Nordamerika und

Australien betrachtet, vor allem unter dem Aspekt des Integrationsverhaltens im Vergleich zu nicht-muslimischen Einwanderern. In einem abschließenden, wichtige Ursachen zusammenfassenden Kapitel werden auch Reformbemühungen innerhalb des islamischen Lagers angesprochen.

Auf allen diesen vergleichend behandelten Feldern schneiden muslimische Mehrheitsgesellschaften insgesamt bzw. muslimische Einwandererbevölkerungen im Vergleich mit anderen Einwanderern deutlich schlechter, d.h. negativer ab als Gesellschaften, in denen andere Religionen dominant sind: Es gibt dort weniger demokratische Regierungsformen, weitaus häufigere Menschenrechtsverletzungen, signifikant höheres Vorkommen von politischer und religiöser Gewalt sowie – insgesamt – ein eindeutig schwächeres Wachstum der Wirtschaft und ein entsprechendes geringeres Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung. Diese zunächst recht pauschal klingenden Zentralbefunde differenziert der Verf. in den einzelnen Kapiteln, wobei er auf große Unterschiede innerhalb des Lagers islamischer Staaten verweist, auf Sonderentwicklungen auf der Basis besonderer Rohstoffvorkommen, vor allem Erdöl in den Staaten auf der arabischen Halbinsel und im Iran sowie auf zeitweise säkularisierende Reformbemühungen („von oben“), wie in der Türkei unter Atatürk in den 20er und 30er Jahren des 19. Jahrhunderts. Zeitlich ist seine Zentralthese bezogen auf die Periode von 1970/80 bis 2010/15, da gerade in dieser Phase ein deutlicher Aufschwung des „islamischen Fundamentalismus“ (Rückkehr zu den Quellen aus dem 7. Jahrhundert, keine Modernisierung/Anpassung bestimmter

religiöser Vorschriften an veränderte Verhältnisse, Wiederbelebung der Scharia, Islamisierung der Politik etc.) zu verzeichnen sei; nach dem relativen Scheitern nationalistischer oder quasi-sozialistischer Modelle (z.B. Ägypten/Syrien) bzw. dem Scheitern westlicher Modernisierungsversuche „von oben“ (z.B. Iran) sei es zum Aufschwung dieser ultra-orthodoxen Varianten des Islam gekommen, und dies sei noch dadurch gestärkt und weltweit verbreitet worden, weil die Kernländer dieses Islamverständnisses mit ihren Theokratien bzw. islamischen Monarchien zugleich besonders reiche Erdölländer gewesen waren, die große Geldbeträge für ihre weltweite „Missionsarbeit“ auszugeben bereit waren.

Neben diesen aktualisierenden Faktoren regressiver, anti-moderner Entwicklung sind freilich auf vielen Feldern die historischen „Erblasten“ und religionsaffine Traditionen immer noch wichtige Determinanten, beispielsweise für den Bereich der ökonomischen Entwicklung (155-187). Abgesehen vom islamischen Erbrecht, dem „Zinsverbot“, der mit oft über 300 jährigen Verzögerung übernommenen Erfindungen von anderswo in der Welt (z.B. der Druckpresse, die nicht eingeführt werden durfte, um das Monopol der Imame in der Religionsauslegung nicht zu gefährden) ist die generelle Geringerschätzung von Bildung, Wissen, Innovationen etc. seitens des konservativen Islam auffallend und vom Verf. gut belegt. Überdurchschnittlich hohe Alphabetenraten in muslimischen Ländern (auch heute noch) korrespondieren mit deutlich unterdurchschnittlichen Ausgaben für Bildung, Forschung in muslimischen Mehrheitsgesellschaften gegenüber nicht-muslimischen Ge-



sellschaften keineswegs nur der westlichen, entwickelten Welt, sondern auch im Vergleich zu vielen süd- und vor allem ostasiatischen und sogar subsaharischen afrikanischen Staaten. Nimmt man den genderspezifischen Blickwinkel in diesem Bereich (Bildung, Qualifikation, Arbeitsmarktzugang und -chancen etc.) noch dazu, erreichen die Benachteiligungen „für die Hälfte der Bevölkerung“ in muslimischen Ländern noch krassere Ausmaße (184ff.).

Die Integration von Muslimen in eine mehrheitlich nicht-muslimische Einwanderergesellschaft (in Bezug auf Schulabschlüsse, Arbeitsmarktintegration, soziale Integration/Kontakte mit Nicht-Muslimen, Wohnsituation bzw. Wohnsegregation etc.) scheint zumindest in den meisten europäischen Ländern deutlich geringer zu sein als die bei anderen nicht-muslimischen Einwanderergruppen. Zwar spielen dabei Diskriminierungsmechanismen der Aufnahmegesellschaft eine Rolle, doch scheinen auch religiös bedingte Verhaltensweisen (bezüglich der Bildung, der allgemeinen Sozialkontakte, der Sprachfähigkeit etc.) bei den muslimischen Einwanderern – selbst noch in der „dritten Generation“ – ein mindestens ebenso großes Gewicht zu haben; wobei spezifische Verhaltensweisen von Einwanderern einerseits und Diskriminierungsmechanismen seitens der Vertreter der „Aufnahmegesellschaft“ andererseits sich häufig wechselseitig bedingen und sich gegenseitig „hochschaukeln“ können (202ff.). Auch kann die überwiegend konservative und intolerante Grundhaltung vieler muslimischer Einwanderer (zu Fragen der Blasphemie, der Abtrünnigkeit im Glauben, der Haltung gegenüber Homosexualität, Antisemitismus, der Hal-

tung zur Gleichberechtigung der Frauen, gegenüber Minderheiten etc.), wenn sie offen „praktiziert“ wird, zu Integrationsschwierigkeiten führen. „Glücklicherweise führen die meisten Migranten aus islamischen Ländern und ihre Nachkommen ein friedliches Leben und halten sich an die in den Einwanderungsländern geltenden Gesetze. Einige von ihnen jedoch haben leider die religiöse Intoleranz und die Kultur der Gewalt gegen Minderheiten, die die Herkunftsländer kennzeichnen, nicht hinter sich gelassen.“ (210)<sup>1</sup>

Diese ambivalente Rolle, die der Islam als verhaltensprägende Auslegung einer Religion spielt, sowie die „Ursachen der islamischen Krise“ lassen sich K. zufolge „in drei Schlüsselproblemen zusammenfassen: der fehlenden Trennung von Religion und Staat, der Benachteiligung der Frauen und der Geringschätzung von säkularem Wissen. Von diesen ist die Vermischung von Religion und Politik das grundlegendste Problem, das indirekt auch die beiden anderen beeinflusst.“ (228f.)

Dies könne allerdings nicht als Konstante der Geschichte ausgegeben werden, sondern müsse als zu verändernde Grundhaltung, erzeugt durch eine neue, majoritäre Interpretation des Islam, begriffen werden. Warum allerdings diese konservative Auslegung „des Islam“ seit ca. 40 bis 50 Jahren ihre weithin

<sup>1</sup> Freilich wirkt ein Satz wie dieser etwas verloren und recht isoliert im sonstigen Text, der auch eine mehrere Seiten umfassende Polemik gegen den – nach Koopmans allzu inflationär gebrauchten – Begriff der „Islamophobie“ enthält. „Der Begriff der Islamophobie unterstellt, berechtigte Sorgen und Ängste über den real existierenden Islam seien irrationale Formen des Hasses, und macht so Opfer zu Tätern.“ (235)

anerkannte Dominanz sogar noch steigern und festigen konnte, wäre möglicherweise – neben den von Koopmans genannten Gründen – noch zu vertiefen. Die Ansatzpunkte einer „Entfundamentalisierung des Islam“ sind seiner Auffassung nach vielfältig und müssen einerseits in der „Mitte der islamischen Gesellschaften“ selbst und nicht vorrangig bei „Anderen“, den Ungläubigen, dem Kolonialismus etc. gesucht werden. Zudem müsse in der Einwanderergesellschaft mit nicht-muslimischer Mehrheit stärker kontrolliert werden, welche ideologischen und finanziellen „Einflüsse“ von außen – im Sinne der Perpetuierung des Fundamentalismus – vonstattengehen. Damit könnte die Reformbewegung im Islam am besten unterstützt werden (250ff.).

Die Studie Koopmans' gelangt zu Zentralthesen, die auch trotz der reichhaltigen empirischen Unterfütterung und der beständigen Reflexion verschiedener anderer möglicher Ursachen für die besonderen Verhaltensorientierungen großer Teile der Bevölkerung in muslimisch geprägten Ländern sicherlich auch hierzulande kontroverse Diskussionen auslösen wird. Ein erheblicher Teil der Belege für die wichtigsten Befunde der Studie lassen sich aus der Sicht des Rezensenten kaum bezweifeln. In manchen Punkten hätte man sich eine vorsichtigeren und reflektiertere Begriffswahl gewünscht, so z.B., wenn er Länder wie Venezuela und Kuba umstandslos als „Diktaturen“ qualifiziert, während Brasilien als „stabile Demokratie“ bezeichnet wird (62ff.). Die von „Freedom House“ und ihrem Demokratie-Index abgeleiteten Klassifikationen müssen nicht unbedingt glaubwürdiger werden, wenn diese NGO von der US-Regierung u.a.

finanziert wird. Auch die Betrachtung der muslimischen wie nicht-muslimischen Gesellschaften vor allem unter dem Aspekt der Intensitäts- und Verbreitungsgrade „fundamentalistischer“ Positionen und kaum unter Aspekten sozialhierarchischer Differenzierung (der Begriff der „Klasse“ taucht nur einmal im ganzen Buch auf) ist für eine soziologische Perspektive ungewöhnlich. Diese und andere Fragezeichen ändern nichts an der Tatsache, dass man viel – Historisches wie Aktuelles – über islamisch geprägte Gesellschaften lernen kann.

*Dieter Boris*

## **Harich kontra Nietzsche**

*Wolfgang Harich, Friedrich Nietzsche der Wegbereiter des Faschismus. Schriften aus dem Nachlass Wolfgang Harichs. Band 12. Mit weiteren Dokumenten und Materialien herausgegeben von Andreas Heyer, Baden-Baden 2019, 745 S., 79,95 Euro.*

Gemäß dem inzwischen spürbar erweiterten Publikationsplan legt Heyer den 12. Band vor, der Harichs Texte und Schriften zu Friedrich Nietzsche enthält. Im Vorwort begründet er, warum er sich ausschließlich auf Schriften aus seinem Nachlass konzentriert, die im Amsterdamer Internationalen Institut für Soziale Geschichte aufbewahrt werden. Er weist darauf hin, dass die Bände 9 (zu Georg Lukacs), 10 (zu Nicolai Hartmann), 11 (zu Arnold Gehlen) und 12 (zu Nietzsche) eine ähnliche Einheit bilden wie die Bände 3 (zu Kant), 4 (zu Herder) und 5 (zu Hegel). Sie ergänzen sich gegenseitig und ihr jeweiliger Inhalt erschließt sich erst dann vollständig, wenn die anderen Texte mit berück-

sichtigt werden. Gerade da in den achtziger Jahren diese Themen für Harich zusammen gehörten, er von einem Manuskript oder Brief zum nächsten übergang.

Der Band zerfällt in zwei Teile. Zuerst wird das 1994 in Schwedt in Kleinstauflage publizierte Buch „Nietzsche und seine Brüder. Eine Streitschrift in sieben Dialogen mit Paul Falck.“ präsentiert. Es entstand in den ersten Monaten des Jahres 1989 (Januar bis August) und enthält zwei Anhänge. Der erste vom November 1992, der zweite vom August 1994. Heyer setzte die Schrift an den Beginn des Nachlassbandes, weil sie eine sehr gute Zusammenfassung des Denkens von Harich bietet. Harich hatte das Werk nach seinen guten Erfahrungen mit den „Erwägungen zu Nicolai Hartmann“ (Band 10) erneut in Dialogform verfasst, das heißt im Gespräch mit sich selbst. Dieses methodische Verfahren erlaubte es ihm, eigene Positionen zu überspitzen, während der Gesprächspartner Paul Falck Einwände vortrug und gebildete Ansichten hinterfragte.

Der zweite Teil beinhaltet zahlreiche Manuskripte, Briefe, Eingaben, Dokumente, Vorträge und Aufsätze Harichs, die seinen spektakulären Kampf gegen Nietzsche ab 1982 dokumentieren.

Heyer schrieb eine Einleitung zu Harichs Bewertung von Nietzsche bis zu seiner Verhaftung 1956. Die Einleitung in den zweiten Teil beschäftigt sich dann direkt mit der Nietzsche-Debatte der achtziger Jahre. Heyer polemisiert mit Manfred Riedel und Gunnar Decker, die einen von Harich im Februar 1946 publizierten Text präsentierten, der nicht dessen Nietzsche-Kritik, son-

dern „ein überaus positives Nietzsche-Bild transportierte“ (S.34). Diesen Text aus dem „Kurier“ vom 11. Februar 1946 übernahm Heyer in den vorliegenden Band. Harichs Kernsatz zu Nietzsche lautet: „Man kann ihn bejahen oder verneinen, und wer ihn verneint, ist ein pröder Spießler.“ (S.36) Damit zeichnete Harich keineswegs ein überaus positives Nietzsche-Bild – eher ein auf Differenzierung bedachtes. Frank Götze, der Harichs Rolle als Rezensent und Kritiker im „Kurier“ analysierte, kam zu dem Ergebnis: „Friedrich Nietzsche: ‚Wer ihn verneint, ist ein pröder Spießler‘. Das tat Harich später vehement selbst. Und noch widersprüchlicher im Vergleich zu seinen späteren Äußerungen bemerkte er: ‚Mit den Karikaturen des III. Reiches hat keine Zeile Nietzsches etwas gemein.“<sup>1</sup> Heyer hingegen behauptet, dass diese Einschätzung im Denken Harichs eine Ausnahme gewesen sei. Dahinter ist ein Fragezeichen zu setzen. Es besteht kein Zweifel, dass sich bei Harich von den 40er bis zu den 80er Jahren eine Veränderung in der Bewertung von Nietzsche vollzog. 1987 hatte Harich in „Sinn und Form“ ohne Wenn und Aber kategorisch verlangt, am Lukacs Nietzsche-Urteil ohne Wenn und Aber festzuhalten und Nietzsche ins „Nichts“ zu verbannen.

Heyer weist am Beispiel des Artikels „Röpke, Pechel und der Totalitarismus“, der zum Bruch mit dem „Kurier“ führte und der am 23. August

---

<sup>1</sup> Frank Götze, Wolfgang Harich als Rezensent und Kritiker (1945/46), in: Siegfried Prokop (Hrsg.), Ein Streiter für Deutschland. Das Wolfgang Harich-Gedenk-Kolloquium am 21. März 1996 im Ribbeck-Haus zu Berlin. Berlin 1996, S. 115.

1946 in der „Täglichen Rundschau“ erschien, auf Harichs konsequenten Antifaschismus hin. Harich ging detailliert auf den Begriff des „Totalitarismus“ ein, der der „schlimmsten Irreführung“ diene, die es gegenwärtig gäbe. Erst heute wissen wir mit Gewissheit, dass Röpke mit seinem Buch „Die deutsche Frage“ einen chancenreichen Vorschlag für eine Langzeitstrategie des Imperialismus in seiner allgemeinen Krise vorgelegt hatte.

Gut herausgearbeitet hat Heyer die bedrückenden Bedingungen, die in den 80er Jahren Harich das Leben in der DDR schwer machten. Lediglich zwei Aufsätze konnte er in der DDR veröffentlichen, jedwede andere Publikation wurde von der Partei verhindert. Auch eine Neuauflage seines Buchs „Jean Pauls Revolutionsdichtung“ wurde nie realisiert. Alle sonstigen Manuskripte wurden entweder im Westen publiziert oder kamen in den Schreibtisch. Sein Wunsch, vor Studenten Vorlesungen halten zu dürfen, wurde nicht erfüllt. Ebenso konnte er kein Mitglied der Akademie der Wissenschaften werden. Die 89 abgedruckten Briefe sind ein Beleg dafür, in welcher Hilflosigkeit und Not sich Harich in den 80er Jahren befand.

Heyer gebührt das Verdienst, die Texte vorgelegt zu haben, die es künftig Forschern erlauben werden, ein differenziertes Bild der Rolle Harichs in der Nietzsche-Debatte der 80er Jahre zu zeichnen.

*Siegfried Prokop*

## **Entgrenzung der Demokratie**

*Stephan Lessenich, Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem. Reclam-Verlag, Stuttgart 2019, 110 Seiten, 6,- Euro.*

Stephan Lessenich, Münchner Soziologieprofessor, kritisiert den Begriff der „Postdemokratie“, da dieser nahelege, es habe ein „goldenes Zeitalter“ (S. 12) der Demokratie gegeben. Dabei sei die Demokratiegeschichte vom alten Athen bis heute eine „Geschichte der Sieger“ (13) gewesen. Vielmehr gebe es immer die „Hinterbliebenen des demokratischen Fortschrittes“ (16): Frauen, Migrant\*innen, Nicht-Erwerbstätige etc. Genau diese sollen, so Lessenich, in seiner Gegenzählung zu den „Helden\*innen“ werden.

Basierend auf der von Max Weber entwickelten und von Frank Parkin und Raymond Murphy weiterentwickelten Theorie der „sozialen Schließung“ argumentiert er, dass Demokratie immer ein „Kampf um die Öffnung und Schließung (...) sozialer Berechtigungsräume“ (37) sei. Mehr Berechtigung gestalte sich als Verteilungsproblem: Mehr Mitbestimmung, auch über Ressourcen, gehe auf Kosten oder zumindest mit Ausschluss von anderen einher. Diese anderen sind meist diejenigen, die weiter unten in der gesellschaftlichen Hierarchie positioniert sind. Historisch erlangte das Bürgertum zuerst das Wahlrecht, dem Proletariat blieb es verwehrt. Dann erkämpften Arbeiter das Wahlrecht, Frauen\* blieben bis 1918 ausgeschlossen. Elf Millionen in der BRD lebende Menschen dürfen bis heute nicht wählen. Der Schließungstheorie zufolge zielt jeder Kampf um Gleichberechtigung somit auf das Eintreten in den Berech-

tigungsraum, den andere bereits für sich beansprucht haben. Diese sperren sich gegen Neuankömmlinge, etwa wenn nationale Grenzen für Immigration geschlossen werden. Oder die Etablierten sichern ihren „Berechtigungsraum“: Wenn Jugendliche aus allen Schichten studieren, dann besuchen die Oberklassen-Kinder private Universitäten. Lessenichs Neuaufarbeitung der Schließungstheorie vermittelt eine erhellende Perspektive auf die Frage, warum sich die Oberklasse neue Privilegien nimmt, sich Männer gegen feministische Bewegungen stellen oder sich der deutsche Staat gegen die Erweiterung des Wahlrechts stemmt.

Lessenich thematisiert die Begrenzung der Berechtigungsräume und plädiert dafür, mehr Teilhabe für alle zu ermöglichen. Dabei argumentiert er nicht moralisch, sondern theoretisch. Das Kernstück seines Essays beschreibt vier Achsen des Ausschlusses durch die herrschende Demokratie. Die erste vertikale Achse („Oben gegen Unten“, 39) ist die zwischen Kapital und Arbeit: Die „Besitzer\*innen von Produktivvermögen“ können „die Marktstrategien der Nicht-Besitzenden unmittelbar bestimmen“ (34) und ausbeuten. Es handele sich um einen nicht auflösbaren Widerspruch im Kapitalismus. Doch nur diese Achse zu betrachten, sei eine marxistisch-dualistische Engführung. Lessenich beschreibt daher zweitens die horizontale Achse „zwischen Hinz und Kunz“ (49). Menschen konkurrieren „um Zugang zu den bislang den Herrschenden vorbehaltenen Berechtigungsräumen“ (ebd.). An dieser Stelle verweist er noch einmal explizit auf die „geschlechterpolitisch halbierte“ (53)

Demokratie; so verschränkten sich gerade im Fordismus Kapitalstrategien mit den „Motiven männlicher Herrschaft“ (54). Offen bleibt, inwieweit Lessenich potentielle Solidarität innerhalb der Klassen als Strategie gegen beide Achsen für möglich hält. Weiter analysiert er eine dritte, transversale Achse „Innen gegen Außen“ (60). Gemeint ist die Spaltungslinie entlang des Staatsbürgerstatus. Wer keinen bundesdeutschen oder keinen Staatsbürgerstatus besitzt, erhält auch keine Möglichkeit zu konkurrieren, sondern wird an der Grenze militärisch abgehalten. Die europäische Demokratie geht auf Kosten derjenigen, die von außen kommen. Schließlich führt er die vierte Achse – „Alle gegen Eine“ (70) – ein und meint die in der Demokratie legitimierte und im Kapitalismus angelegte „Lizenz“ zur unbegrenzten Ausbeutung der Natur. Eingeflochten sind die klassenpolitische und transversale Achse; denn die Ausbeutung der Natur und die dazugehörige Externalisierung der Folgen sind dem Westen vorbehalten. Zusammenfassend zeigt Lessenich, dass „das Subjektivitäts- und Freiheitsverständnis der Demokratie (...) zum Problem“ wird (103).

Abschließend bekräftigt er die klassenpolitische Analyse der vier Achsen. Er zeigt, dass demokratische Freiheiten und Nutzung von Ressourcen durch die einen immer durch Ausbeutung bzw. eben durch Schließung der anderen möglich sind. Diese Konkurrenz ist im System angelegt und fordert die Menschen tagtäglich heraus. Als theoretische Lösung bietet er eine Aktualisierung des Solidaritätsbegriffs an. Dieser dürfe heute nicht (mehr) nur darauf zielen, dass alle mehr erhalten, sondern, dass sich alle begrenzen – von oben

nach unten. Solidarität meint demnach keine bequeme sozial-moralische Verbundenheit, die „den vorherigen Zustand wiederherzustellen“ (S. 97) versucht, indem man für die Armen spendet. Echte Solidarität überwindet die Grenzen der Demokratie, wo Menschen sich mit denen solidarisieren, die ihnen gerade nicht ähnlich sind.

Leider führen eine häufig flapsige, metaphorische Sprache und wenig ausdifferenzierte Aneinanderreihung der „Anti-Held\*innen“ (Frauen\*, Migrant\*innen, Nicht-Erwerbstätige, Nicht-Staatsbürger\*innen) sowie vereinfachende historische Sprünge stellenweise zu einer gewissen Oberflächlichkeit der Darstellung. Man vermisst die Perspektive der „Anti-Held\*innen“, die die Begrenzung der Oberen und Teilhabe für alle einfordern, z.B. in Frauen\*bewegungen und migrantischen Kämpfen. Ratlos lässt Lessenich das Publikum mit der Frage zurück, wie man sich aus der Konkurrenz befreien soll, wenn man auf ein kleines Nettoeinkommen am Ende des Monats angewiesen ist. Gelungen ist jedoch sein Aufruf, den Solidaritätsbegriff neu und radikal zu wenden.

*Hannah Eberle*

## **Kräftige Dosis Retraditionalisierung**

*Jan Korte, Die Verantwortung der Linken, Verbrecher Verlag, Berlin 2020, S. 136, 16,- Euro.*

„Es gibt in der Welt der Bücher kaum etwas Schlimmeres als Werke von Politikern, die ihre eigene Bedeutung und ihre tatsächlichen oder vermeintlichen Erfolge feiern. Doch dies ist eine Ausnahme.“ So beginnt Jan Korte, Erster

Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion DIE LINKE, sein schmales Bändchen und lässt einen zunächst ratlos zurück. Was hält man hier in der Hand? Analysen und Vorschläge zur Situation und Strategie der (partei)politischen Linken im Land? Berichte aus dem Maschinenraum des Parlamentarismus und der Rolle der Linken darin? Einschätzungen und Parteinahme in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen der Linken zwischen Identitäts- und Klassenpolitik? Von allem enthält das Buch etwas, aber nichts trifft das eigentliche Thema dessen, worum es Korte zu gehen scheint. Das liegt vielmehr in der Form der Schrift, in ihrem Tonfall. Keine politik- oder sozialwissenschaftliche Analyse, keine strategische Auseinandersetzung oder Positionsbestimmung im linken Duktus, sondern eine oft emotionale Rückvergewisserung über basale Inhalte linker Politik: Alltagsverankerung, Augenhöhe, Zuhören, Gleichheit. Da schreibt jemand, den die Frage umtreibt, wie er den Kontakt zu den Menschen halten oder zurückgewinnen kann, für die er und seine Partei Politik machen wollen – die viel beschworenen kleinen Leute. Diesen Kontakt weitgehend verloren zu haben, ist Ausgangspunkt für Korte und gleichzeitig Zustandsbeschreibung einer gesellschaftlichen Linken, die erst durch den Aufstieg der Rechten und die Einbrüche dieser Rechten in frühere Stammwählergruppen der Linken aufgeschreckt wurde. Korte weiß um die Sprengsätze, die mit den daraus resultierenden Fragen nach Klassen- und Identitätspolitik verbunden sind und versichert immer wieder, dass es nicht um ein Ausspielen unterschiedlicher Unterdrückungsformen, um

Haupt- und Nebenwiderspruch gehen dürfe, wengleich seine Perspektive auf die Abgehängten und ihre „kleinen Träume“ klar macht, wo er das Hauptproblem sieht.

„Rechtsverschiebungen in der etablierten Politik“, „Die kleinen Träume“, „Die Verantwortung der Linken“ und „Was könnte man denn nun tun?“ heißen die vier Kapitel des Buches, deren Stringenz recht ungleich gewichtet ist. So liegt die Funktion des ersten Kapitels nicht in einer analytischen Durchdringung des rechten Aufstiegs aus linker Sicht, sondern mehr in der abschließenden Frage, was denn der linke Anteil am rechten Aufstieg ist und ob sich die eigenen moralischen Gewissheiten weiter aufrecht erhalten lassen. Die Ver- oder Missachtung der „kleinen Träume“ der Normalos – hier sieht Korte einen wichtigen Teil der Verantwortung der Linken für den rechten Erfolg.

Die Frage, ob und vor allem wie man um Wählerinnen und Wähler kämpft, die von der Linken zur AfD gewechselt sind, treibt Korte und auch seine Partei um. Als Ausdruck des Desinteresses an jeder Form politisch-ökonomischer Analyse begreift der Autor Positionen, die alle ehemaligen Linke-Wähler/innen, die zur AfD gewechselt sind, als Rassisten abschreiben will. Moral ersetze hier Analyse, vor allem bemerkt Korte aber ein Desinteresse an den Lebensrealitäten von Menschen, die sich weit jenseits linker Diskurse und Lebenslagen bewegen. „Nach einer Sitzungswoche in Berlin-Mitte in Bitterfeld-Wolfen oder Staßfurt zu stehen und Leute zu treffen, die ganz existenzielle Ängste haben, die Angst vor der Zukunft haben, ist eine ganz entscheidende Erfahrung, die einen daran erinnert, wozu Linke

dringend gebraucht werden. Der Kern, der eine Satz, der dieses Buch trägt, ist: Niemals herabblicken.“ (54)

Drei Maßstäbe nennt der Politiker Korte, mit denen er sich vor diesem „Herabblicken“ zu schützen versucht. Das erwähnte – aber nicht verklärte – Gespräch auf dem Marktplatz im Wahlkreis, das Gespräch mit der eigenen Mutter und ihrer Erfahrung als Krankenschwester und die Erinnerung an den Opa, der Stahlkocher war, verbunden mit der Frage: „Spreche ich so, dass Opa mich verstehen würde?“ Es gibt zweifelsohne schlechtere Maßstäbe für die Hinterfragung der eigenen Rolle als Politiker.

Die in der neuen Klassendebatte auch in der Linkspartei diskutierte Differenzierung der „Arbeiterklasse“, der abhängig Beschäftigten, die eine einheitliche Politik so schwer macht, wird auch von Korte illustriert. Die von seinem Kollegen Stefan Liebich erfolgreiche Ansprache im u.a. linken Szenestadtteil Prenzlauer Berg in Berlin, mit der dieser schon mehrfach das Direktmandat gewann, würde laut Korte in Wolfen-Bitterfeld dazu führen, dass man ihn „aus der Stadt werfe“, es jedenfalls keinerlei Anknüpfungspunkte zu den Menschen dort gäbe. Was hier deutlich wird, ist das für die Linke immer drängendere Stadt-Land-Problem und die Schwäche jenseits der Metropolen.

Bei der Frage, was man denn nun tun könne, beschränkt sich Korte auf die kleinen und aus seiner Sicht realitätstauglichen Möglichkeiten: Die Vergeisterung linker Traditionen und Erfolge, von der Etablierung einer Partei links der Sozialdemokratie über den täglichen Antifaschismus bis zur Infragestellung der Verächtlichmachung des

Sozialstaates durch den Neoliberalismus. Vergewisserung eigener Vergangenheit und Tradition ist dem Historiker Korte wichtig, dazu ein „aufgeklärter Populismus in der Sprache.“ (114)

An vielen Stellen des Buches lassen sich die inhaltlichen Vorschläge leicht hinterfragen oder als unterkomplex abtun und das weiß der Autor auch, wenn er vom „Augenrollen“ der Leser/innen schreibt. So sind der Sozialstaat des Rheinischen Kapitalismus, Gemeineigentum und radikale Umverteilung von oben nach unten Fixpunkte, ohne z.B. der Frage nach den veränderten Voraussetzungen sozialstaatlicher Bindung im modernen globalen Kapitalismus

nachzugehen. Die geforderte „kräftige Dosis Retraditionalisierung“ (48) trifft eben auf einen modernisierten Kapitalismus und die Linke tut sich schwer, darauf eigene zeitgemäße Antworten zu entwickeln. Korte kennt diese Debatten – wie der Blick ins Literaturverzeichnis zeigt –, aber sie sind nicht das eigentliche Thema des Buches. Dessen Maßstab wäre dann erfüllt, wenn es Korte gelingt, seinen Gästen beim Kaffee am Infotisch samstags in Bitterfeld nicht nur das Buch zu präsentieren, sondern sie es auch noch lesen würden und etwas für sich darin finden könnten.

*Gerd Wiegel*